

# Bildungsprotokolle

Die Kärntner Landes- und Gemeinde-  
verwaltung im Überblick

Band 6

# Bildungsprotokolle

Herausgegeben von der  
Kärntner Verwaltungsakademie

Band 6  
Die Kärntner Landes- und  
Gemeindeverwaltung im Überblick

Organisation und Funktionsgrundsätze

Anna Kemptner

Klagenfurt 2001



KÄRNTNER DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT

*Die Rechte liegen bei der Autorin.  
Gesamtherstellung: Kärntner Druckerei, Klagenfurt*

*ISBN 3-85391-183-8*

## Vorwort

Der Ist-Zustand der öffentlichen Verwaltung stellt sich durch hierarchisch gewachsene Strukturen mit stark gegliedertem Aufbau und zersplitterten Zuständigkeitsbereichen dar.

Der vorliegende Band 6 der „Bildungsprotokolle“ versucht nun einen umfassenden Überblick über die nur wenigen Spezialisten bis ins Detail bekannte Organisation der Kärntner Landes- und Gemeindeverwaltung zu geben; gleichzeitig wird auch das Funktionieren dieser Verwaltungsapparate auf Basis der bundesverfassungsgesetzlichen Handlungsprinzipien dargestellt.

Konzipiert als Orientierungshilfe für neu eingestellte Landesbedienstete könnte dieser Beitrag aber auch Grundlage dafür sein, um im Zuge der laufenden Verwaltungs- und Aufgabenreform bestehende Organisationsformen zu überdenken und den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Der vorliegende Band 6 der „Bildungsprotokolle“ wird allen Teilnehmern am Einführungslehrgang der Kärntner Verwaltungsakademie zur Verfügung gestellt, periodisch aktualisiert und in weiterer Folge via Internet – <http://www.verwaltungsakademie.ktn.gv.at> – unter dem Menüpunkt „Kursunterlagen“ – abrufbar gemacht werden.

Abschließend gilt es noch der Autorin dieses Bandes, der Verfassungsexpertin Dr. Anna Kempfner, für die äußerst zeitaufwendige und akribisch gestaltete Recherche zu danken.

Klagenfurt, im Jänner 2001

Simon Korenjak

## INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort . . . . .	3
<b>DIE ORGANISATION DER LANDESVERWALTUNG . . . . .</b>	<b>7</b>
Die Landesregierung und ihre Mitglieder . . . . .	9
Die Beiräte der Landesregierung . . . . .	14
Weisungsfreie Organe der Landesverwaltung . . . . .	17
Der unabhängige Verwaltungssenat für Kärnten (UVS) . . . . .	18
Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag . . . . .	20
Die Grundverkehrslandeskommission . . . . .	21
Der Landesagrarsenat (LAS) . . . . .	22
Die Gleichbehandlungskommission . . . . .	23
Die Gleichbehandlungsbeauftragten . . . . .	24
Der Patientenanwalt . . . . .	25
Der Behindertenanwalt . . . . .	26
Die Kinder- und Jugendanwältin . . . . .	27
Die „ausgliederten“ Rechtsträger . . . . .	28
Anstalten . . . . .	31
Körperschaften . . . . .	33
Die Bezirkshauptmannschaften . . . . .	36
Die Dienststelle für Landesabgaben . . . . .	40
Die Agrarbezirksbehörden (ABB) . . . . .	41
Die (Bezirks-)Grundverkehrskommissionen . . . . .	43
<b>DIE ORGANISATION DER GEMEINDEVERWALTUNG . . . . .</b>	<b>45</b>
Die Gemeinden . . . . .	47
Die Gemeindeverbände . . . . .	56
<b>FUNKTIONSGRUNDSÄTZE DER LANDES- UND GEMEINDEVERWALTUNG . . . . .</b>	<b>61</b>
Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit (Legalitätsprinzip) . . . . .	63
Der Grundsatz der Weisungsgebundenheit (Gehorsamsprinzip) . . . . .	64
Der Grundsatz der Verschwiegenheit . . . . .	67
Der Grundsatz der Transparenz (Auskunftspflicht) . . . . .	70
Der Grundsatz der wechselseitigen Hilfeleistung (Amtshilfe) . . . . .	71
Der Grundsatz der Effizienz . . . . .	72

Die  
Organisation  
der  
Landesverwaltung

## Die Landesregierung und ihre Mitglieder

### Rechtsgrundlagen:

- Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 19 und Art. 101 bis 106;
- Bundesverfassungsgesetz betreffend Grundsätze für die Einrichtung und Geschäftsführung der Ämter der Landesregierungen außer Wien**, BGBl. Nr. 289/1925;
- Übergangsgesetz 1920 – ÜG 1920**, BGBl. Nr. 368/1925, zuletzt idF BGBl. I Nr. 194/1999: § 8 Abs. 1 bis 5;
- Kärntner Landesverfassung – K-LVG**, LGBl. Nr. 85/1996, idF LGBl. Nr. 52/1997: Art. 19, Art. 35, Art. 38 bis 59 (4. Abschnitt), Art. 60 bis 72 (5. Abschnitt);
- Geschäftsordnung der Kärntner Landesregierung – K-GOL**, LGBl. Nr. 8/1999;
- Referatseinteilung – K-RE**, LGBl. Nr. 11/2000, idF LGBl. Nr. 32/2000;
- Geschäftsordnung des Amtes der Kärntner Landesregierung – K-GOA**, LGBl. Nr. 7/1999;
- Geschäftseinteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung – K-GEA**, LGBl. Nr. 32/1999.

---

**Die Landesregierung besteht aus sieben Mitgliedern** (dem Landeshauptmann, zwei Landeshauptmann-Stellvertretern und vier weiteren Mitgliedern – „Landesräten“):

- Landeshauptmann Dr. Jörg Haider (FPÖ)**
- Erster Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Mathias Reichhold (FPÖ)**
- Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Ambrozy (SPÖ)**
- Landesrat Georg Wurmitzer (ÖVP)**
- Landesrat Herbert Schiller (SPÖ)**
- Landesrat Ing. Karl Pfeifenberger (FPÖ)**
- Landesrätin Mag. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut (SPÖ)**

**Die Landesregierung ist das oberste Organ der Landesverwaltung: sie wird vom Landtag** für die Dauer der Gesetzgebungsperiode **gewählt**. Die Wahl erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht („Proporzsystem“), sodaß alle im Landtag vertretenen Parteien (FPÖ, SPÖ, ÖVP) entsprechend ihrer Stärke (16 Mandate FPÖ, 12 Mandate SPÖ, 8 Mandate ÖVP) auch in der Landesregierung vertreten sind (3 Mitglieder FPÖ, 3 Mitglieder SPÖ, 1 Mitglied ÖVP).

**Die Landesregierung führt die obersten Geschäfte der Landesverwaltung entweder als Kollegialorgan oder durch eines ihrer Mitglieder** („Referent“ – monokratisches System/Ressortsystem). Die der kollegialen Beratung und Beschlußfassung durch die Landesregierung vorbehaltenen Angelegenheiten sind in § 3 der **Geschäftsordnung der Landesregierung – K-GOL** (LGBl. Nr. 8/1999) aufgezählt. Alle anderen Aufgaben der Landesverwaltung sind vom zuständigen Mitglied der Landesregierung („Referent“) selbständig zu besorgen.

Als oberste Organe der Landesverwaltung sind die Landesregierung und ihre Mitglieder **an niemandes Weisungen gebunden** und keiner anderen Behörde – insbesondere kei-

ner Bundesbehörde – untergeordnet. Sie sind gegenüber den ihnen unterstellten Organen der Landesverwaltung **weisungsberechtigt** und im Regelfall **zweit- und letztinstanzliche (Berufungs-)Behörde**. Nur in Einzelfällen ist gegen Entscheidungen der Landesregierung und ihrer Mitglieder ein Rechtsmittel an den unabhängigen Verwaltungssenat für Kärnten (UVS – vgl. S 18 f) zulässig. Werden die Mitglieder der Landesregierung jedoch im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung oder der Auftragsverwaltung des Bundes tätig, so sind sowohl der Landeshauptmann (als „Träger der mittelbaren Bundesverwaltung“) an die Weisungen der Bundesregierung und der einzelnen (zuständigen) Bundesminister als auch die einzelnen Referenten an die Weisungen des Landeshauptmannes gebunden.

Als oberste Organe der Landesverwaltung sind die Landesregierung und ihre Mitglieder dem Landtag politisch (Mißtrauensvotum) und rechtlich (Anklage beim Verfassungsgerichtshof wegen schuldhafter Gesetzesverletzung) verantwortlich.

Die **Sitzungen der Landesregierung** werden vom Landeshauptmann als Vorsitzendem in regelmäßigen Abständen von zwei Wochen einberufen. Die Landesregierung ist beschlußfähig, wenn einschließlich des Vorsitzenden mindestens vier Mitglieder anwesend sind; für einen Beschluß der Landesregierung sind mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen („einfache Mehrheit“) erforderlich. Die Sitzungen der Landesregierung sind nicht öffentlich.

Die Aufgaben der Landesverwaltung, der mittelbaren Bundesverwaltung und der Auftragsverwaltung des Bundes werden durch die von der Landesregierung (mit einfacher Mehrheit!) zu beschließende **Referatseinteilung – K-RE** (LGBl. Nr. 11/2000, idF LGBl. Nr. 32/2000) auf die einzelnen Mitglieder der Landesregierung („Referenten“) – unter Bezugnahme auf die Geschäftseinteilung des Amtes der Landesregierung (vgl. S 11 ff) – folgendermaßen aufgeteilt:

□ **Landeshauptmann Dr. Jörg Haider:**

- Personal und innerer Dienst (Abteilung 1)
- Landespressebüro, Landesbürgerservice, Volksgruppenbüro (Abteilung 1)
- Hochtechnologie, Telekommunikation und Telematik (Abteilung 1)
- Koordination der Angelegenheiten der EU (Abteilung 1)
- Koordination des Entwicklungsleitbildes „Zukunft Kärnten“ (Abteilung 1)
- Wahlen und Staatsbürgerschaft (Abteilung 1W)
- Verfassungsdienst (Abteilung 2V)
- Kultur (Abteilung 5)
- Bildungswesen (Abteilung 6)
- Buchhaltung

□ **Erster Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Mathias Reichhold:**

- Jugendförderung (Abteilung 5)
- Familienförderung (Abteilung 13)
- Kindergarten- und Hortwesen (Abteilung 6)
- Tagesmütter und -väter (Abteilung 13)



- Kindertagesstätten (Abteilung 13)
- Sportwesen (Abteilung 6)
- Straßen- und Verkehrsrecht (Abteilung 8B)
- Wohnungs- und Siedlungswesen (Abteilung 9)
- Straßen- und Brückenbau (Abteilung 17)

☐ **Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Ambrozy:**

- Sanitätswesen (Abteilung 12)
- Sozial- und Gesundheitsrecht, Krankenanstalten (Abteilung 14)
- Landeshochbau (Abteilung 16L)
- Bundesgebäudeverwaltung (Abteilung 16B)

☐ **Landesrat Georg Wurmitzer:**

- Gemeinden (Abteilung 3)
- Landwirtschaft (Abteilung 10L)
- Forstwesen (Abteilung 10F)
- Veterinärwesen (Abteilung 10V)
- Agrarrecht (Abteilung 11)
- Baurecht (Abteilung 8B)
- Feuerwehrwesen und Feuerpolizei (Abteilungen 1 und 8B)
- Naturschutz (Abteilungen 8W und 20)
- Landesplanung (Abteilung 20)
- EU-Programmkoordination (Abteilung 20)

☐ **Landesrat Herbert Schiller:**

- Wasser-, Abfall- und Energierecht (Abteilung 8W)
- Umweltschutz und Technik (Abteilung 15)
- Wasserwirtschaft (Abteilung 18)
- Luftreinhaltung (Abteilungen 8B und 15)

☐ **Landesrat Ing. Karl Pfeifenberger:**

- Finanzen und Wirtschaft (Abteilung 4)
- Gewerbe (Abteilung 7)
- Tourismusservice (Abteilung 1)

☐ **Landesrätin Mag. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:**

- Soziales, Jugend, Familie und Frau (Abteilung 13)

Als **administrativer Hilfsapparat („Geschäftsstelle“)** steht dem Landeshauptmann, der Landesregierung (als Kollegialorgan) und den einzelnen Mitgliedern der Landesregierung (als monokratischen Organen – „Referenten“) das **Amt der Landesregierung** zur Verfügung. Das Amt der Landesregierung ist **keine Verwaltungsbehörde**, sondern ledig-

lich Hilfsorgan (Dienststelle) der Verwaltungsbehörden Landeshauptmann, Landesregierung und Mitglieder der Landesregierung.

**Das Amt der Landesregierung gliedert sich in 25 Abteilungen**, die von Landesbeamten geleitet werden:

- Abteilung 1 Landesamtsdirektion** (Abteilungsleiter:  
Landesamtsdirektor Dr. Reinhard Sladko)
- Abteilung 1W Wahlen/Staatsbürgerschaft** (Abteilungsleiter:  
Dr. Herbert Hauptmann)
- Abteilung 2V Verfassungsdienst** (Abteilungsleiterin: Dr. Charlotte Havranek)
- Abteilung 3 Gemeinden** (Abteilungsleiter: Dr. Herbert Arbesser)
- Abteilung 4 Finanzen und Wirtschaft** (Abteilungsleiter: Dr. Horst Felsner)
- Abteilung 5 Kultur** (geschäftsführender Abteilungsleiter: Mag. Franz Arnold)
- Abteilung 6 Bildungswesen** (Abteilungsleiter: Dr. Günther Woschitz)
- Abteilung 7 Gewerbe** (geschäftsführender Abteilungsleiter: Dr. Klaus Seelhofer)
- Abteilung 8B Bau-, Straßen- und Verkehrsrecht** (Abteilungsleiter:  
Dr. Albert Kreiner)
- Abteilung 8W Wasser-, Abfall-, Energie- und Naturschutzrecht** (Abteilungsleiter:  
Ing. Dr. Adolf Kandut)
- Abteilung 9 Wohnungs- und Siedlungswesen** (Abteilungsleiter:  
Mag. Willibald Wanderer)
- Abteilung 10L Landwirtschaft** (Abteilungsleiter: DI Dr. Günther Ortner)
- Abteilung 10F Forstwesen** (Abteilungsleiter:  
Landesforstdirektor DI Gerolf Baumgartner)
- Abteilung 10V Veterinärwesen** (Abteilungsleiter:  
Landesveterinärdirektor Dr. Wolf Dieter Vogl)
- Abteilung 11 Agrarrecht** (Abteilungsleiter: Dr. Dietfried Haller)
- Abteilung 12 Sanitätswesen** (Abteilungsleiter:  
Landessanitätsdirektor Dr. Gerhard Olexinski)
- Abteilung 13 Soziales, Jugend, Familie und Frau** (Abteilungsleiterin: Mag. Dr. Barbara Berger-Malle; geschäftsführender Abteilungsleiter: Dr. Helmut Wissiak)
- Abteilung 14 Sozial- und Gesundheitsrecht, Krankenanstalten** (Abteilungsleiter:  
Dr. Hugo Tschernutter)
- Abteilung 15 Umweltschutz und Technik** (Abteilungsleiter:  
a. o. Univ.-Prof. Dr. Johann Sampl)
- Abteilung 16L Landeshochbau** (Abteilungsleiter:  
Landesbaudirektor DI Ubald Nassimbeni)
- Abteilung 16B Bundesgebäudeverwaltung** (Abteilungsleiter:  
DI Hermann Habernigg)
- Abteilung 17 Straßen- und Brückenbau** (Abteilungsleiter: DI Dr. Erich Ribitsch)
- Abteilung 18 Wasserwirtschaft** (Abteilungsleiter: DI Kurt Rohner)
- Abteilung 20 Landesplanung** (Abteilungsleiter: DI Peter Fercher)
- Abteilung Buchhaltung** (Abteilungsleiter: Buchhaltungsdirektor Werner Petzner)

**Vorstand** des Amtes der Landesregierung ist der **Landeshauptmann**; in dieser Eigenschaft unterstehen ihm auch die Bezirkshauptmannschaften (vgl. S 36 ff) und die dem Amt der Landesregierung unterstellten sonstigen Landesbehörden und Landesdienststellen (zB die Dienststelle für Landesabgaben – vgl. S 40).

Die **Leitung des inneren Dienstes** des Amtes der Landesregierung obliegt – unter der unmittelbaren Aufsicht des Landeshauptmannes – dem **Landesamtsdirektor** (Dr. Reinhard Sladko), **bei dessen Verhinderung** dem **Landesamtsdirektor-Stellvertreter** (Mag. DDr. Karl Anderwald). Der Landesamtsdirektor und sein Stellvertreter müssen rechtskundige Landesbeamte mit der Befähigung zum höheren politischen Verwaltungsdienst („Dienstprüfung“) sein; sie werden von der Landesregierung mit Zustimmung der Bundesregierung bestellt.

Die Abteilungen des Amtes der Landesregierung besorgen die Aufgaben der Landesverwaltung unter der fachlichen Leitung der Landesregierung (als Kollegialorgan) oder der einzelnen Mitglieder der Landesregierung („Referenten“ als monokratische Organe), die Aufgaben der mittelbaren Bundesverwaltung und der Auftragsverwaltung des Bundes unter der fachlichen Leitung des Landeshauptmannes. Organisatorisch dagegen sind die Abteilungen des Amtes der Landesregierung dem Landeshauptmann als Vorstand des Amtes unterstellt.

Die Aufgaben der Landesverwaltung, der mittelbaren Bundesverwaltung und der Auftragsverwaltung des Bundes werden auf die Abteilungen des Amtes der Landesregierung durch die vom Landeshauptmann erlassene **Geschäftseinteilung – K-GEA** (LGBl. Nr. 32/1999) aufgeteilt.

Den Geschäftsgang im Amt der Landesregierung, insbesondere die Behandlung eines Aktes vom Einlangen des Antrages oder vom ersten behördlichen Handeln über die Willensbildung durch das zuständige Organ bis zur Ausfertigung der Erledigung, regeln die vom Landeshauptmann erlassene **Geschäftsordnung – K-GOA** (LGBl. Nr. 7/1999) und die vom Landesamtsdirektor erlassene **Kanzleiordnung** (Richtlinien für die Büroarbeit im Kärntner Landesdienst 1996, Zl. LAD-100/3/1995).

## Die Beiräte der Landesregierung

Die Verwaltung benötigt in vielen Fällen spezielles Fachwissen („Sachverstand“), um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Durch die Einrichtung von Beiräten soll „externes“ Fachwissen für die Verwaltung nutzbar gemacht werden.

**Beiräte sind kollegiale Gremien zur Beratung der Verwaltung, denen – neben Vertretern der Verwaltungsorganisation – auch außerhalb der Verwaltung stehende Experten und Interessenvertreter angehören.**

**Beiräte haben keine Entscheidungsgewalt, sondern lediglich entscheidungsvorbereitende Funktionen. Sie sind Hilfsorgane**, die die Verwaltungsorgane, denen sie beigegeben sind, bei der Entscheidungsfindung unterstützen. **Beiräte sind daher keine Verwaltungsbehörden, ihre Äußerungen sind für die zur Entscheidung zuständigen Verwaltungsorgane, die sie beraten, nicht bindend.** („Das letzte Wort spricht nicht der Berater, sondern der Beratene.“) Die Anhörung von Beiräten ist allerdings vom Gesetzgeber oft zwingend vorgeschrieben, sodaß ihre Unterlassung ebenso wie das Abweichen von einer Beiratsäußerung ohne Begründung die Entscheidung der Verwaltungsbehörde rechtswidrig machen kann.

**Zur Beratung der Landesregierung wurden durch den Landesgesetzgeber beispielsweise folgende Beiräte beim Amt der Landesregierung eingerichtet:**

- Arbeitnehmerförderungsbeirat** (Abteilung 6 Bildungswesen)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Arbeitnehmerförderungsgesetz, LGBl. Nr. 49/1984, zuletzt idF LGBl. Nr. 16/1996: §§ 8 bis 10 (2. Abschnitt).
- Familienbeirat** (Abteilung 13 Soziales, Jugend, Familie und Frau)  
Rechtsgrundlage: Familienförderungsgesetz, LGBl. Nr. 10/1991, zuletzt idF LGBl. Nr. 10/2001: § 13 (4. Abschnitt).
- Jugendwohlfahrtsbeirat** (Abteilung 13 Soziales, Jugend, Familie und Frau)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Jugendwohlfahrtsgesetz, LGBl. Nr. 42/1997, zuletzt idF LGBl. Nr. 35/1999: §§ 40 bis 42.
- Kärntner Kulturgremium** (Abteilung 5 Kultur)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Kulturförderungsgesetz – K-KFG, LGBl. Nr. 4/1992, zuletzt idF LGBl. Nr. 61/2000: §§ 7 bis 10.
- Landesalmrat** (Abteilung 10L Landwirtschaft)  
Rechtsgrundlagen: Gesetz betreffend den Schutz der Almen und die Förderung der Almwirtschaft, LGBl. Nr. 38/1923, idF LGBl. Nr. 63/1923; Almschutzverordnung, LGBl. Nr. 42/1924.
- Landeselektrizitätsbeirat** (Abteilung 8W Wasser-, Abfall-, Energie- und Naturschutzrecht)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Elektrizitätswirtschaftsgesetz 1999 – K-ElWG, LGBl. Nr. 5/1999: § 50.
- Landesfischereibeirat** (Abteilung 11 Agrarrecht)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Fischereigesetz – K-FG, LGBl. Nr. 62/2000: §§ 55 bis 57.

- **Landesjagdbeirat** (Abteilung 11 Agrarrecht)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Jagdgesetz 2000 – K-JG, LGBl. Nr. 21/2000: §§ 92 und 93.
- **Landesmusikschulbeirat** (Abteilung 5 Kultur)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Musikschulgesetz, LGBl. Nr. 44/1991, zuletzt idF LGBl. Nr. 74/1996: § 8.
- **Landessanitätsrat** (Abteilung 12 Sanitätswesen)  
Rechtsgrundlage: Gesetz über den Landessanitätsrat, LGBl. Nr. 36/1985, idF LGBl. Nr. 58/1993.
- **Landessportrat** (Abteilung 6 Bildungswesen)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Sportgesetz 1997 – K-SpG 1997, LGBl. Nr. 99/1997: §§ 10 und 11.
- **Beirat für die Landesstatistik** (Abteilung 1 Landesamtsdirektion)  
Rechtsgrundlagen: Gesetz über die Landesstatistik, LGBl. Nr. 32/1957; Verordnung der Landesregierung, mit der ein Beirat für die Landesstatistik gebildet wird, LGBl. Nr. 10/1958.
- **Landwirtschaftlicher Schulbeirat** (Abteilung 10L Landwirtschaft)  
Rechtsgrundlagen: Bundesgesetz betreffend Grundsätze für die Organisation und den Wirkungsbereich der land- und forstwirtschaftlichen Schulbeiräte, BGBl. Nr. 317/1975; Kärntner landwirtschaftliches Schulgesetz 1993, LGBl. Nr. 16/1993, zuletzt idF LGBl. Nr. 58/1998: §§ 93 bis 98; Verordnung der Landesregierung über die Durchführung der Wahl der Vertreter aus dem Kreis der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer als Mitglieder des landwirtschaftlichen Schulbeirates, LGBl. Nr. 52/1977.
- **Landwirtschaftsförderungsbeirat** (Abteilung 10L Landwirtschaft)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Landwirtschaftsgesetz – K-LWG, LGBl. Nr. 6/1997, idF LGBl. Nr. 49/1997: §§ 13 bis 16 (5. Abschnitt).
- **Naturschutzbeirat** (Abteilung 8W Wasser-, Abfall-, Energie- und Naturschutzrecht)  
Rechtsgrundlagen: Kärntner Naturschutzgesetz – K-NSG, LGBl. Nr. 54/1986, zuletzt idF LGBl. Nr. 44/2000: §§ 54 und 61 bis 63; Kärntner Nationalparkgesetz, LGBl. Nr. 55/1983, zuletzt idF LGBl. Nr. 6/1998: § 18a.  
Dem Naturschutzbeirat kommt insofern eine **besondere Rechtsstellung** unter den Beiräten zu, als er gegen bestimmte, aufgrund des Kärntner Naturschutzgesetzes und des Kärntner Nationalparkgesetzes erlassene Bescheide Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erheben kann.
- **Fachbeirat für Qualität und Integration** (Abteilung 14 Sozial- und Gesundheitsrecht, Krankenanstalten)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999 – K-KAO, LGBl. Nr. 26/1999, idF LGBl. Nr. 51/1999: § 5.
- **Raumordnungsbeirat** (Abteilung 3 Gemeinden)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Raumordnungsgesetz, LGBl. Nr. 76/1969, zuletzt idF LGBl. Nr. 86/1996: §§ 8, 8a und 8b.

- **Sozialhilfebeirat** (Abteilung 13 Soziales, Jugend, Familie und Frau)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Sozialhilfegesetz 1996 – K-SHG, LGBl. Nr. 30/1996, idF LGBl. Nr. 52/1997: §§ 67 bis 69 (11. Abschnitt).
- **Wirtschaftspolitischer Beirat** (Abteilung 4 Finanzen und Wirtschaft)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz – K-WFG, LGBl. Nr. 6/1993, zuletzt idF LGBl. Nr. 48/2000: §§ 38, 38a und 38b (III. Abschnitt).
- **Wohnbauförderungsbeirat** (Abteilung 9 Wohnungs- und Siedlungswesen)  
Rechtsgrundlagen: Gesetz über den Wohnbauförderungsbeirat, LGBl. Nr. 145/1975, idF LGBl. Nr. 67/1989; Kärntner Wohnbauförderungsgesetz 1997 – K-WBFG 1997, LGBl. Nr. 60/1997, idF LGBl. Nr. 53/2000: § 41.

Der beim Bundeskanzleramt zur Beratung der Bundesregierung und der einzelnen Bundesminister in Volksgruppenangelegenheiten durch den Bundesgesetzgeber (§§ 3 bis 7 Volksgruppengesetz, BGBl. Nr. 396/1976, zuletzt idF BGBl. I Nr. 194/1999; Verordnung der Bundesregierung über die Volksgruppenbeiräte, BGBl. Nr. 38/1977, zuletzt idF BGBl. Nr. 895/1993) eingerichtete **Volksgruppenbeirat für die slowenische Volksgruppe** dient auch zur Beratung der Landesregierung, wenn er von dieser dazu aufgefordert wird.

## Weisungsfreie Organe der Landesverwaltung

### Rechtsgrundlage:

- **Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 20 Abs. 1 und 2, Art. 133 Z 4, Art. 129b Abs. 2.

---

**Grundsätzlich sind zwar alle Organe der Landesverwaltung an die Weisungen der ihnen vorgesetzten Organe** – letztlich an die Weisungen der obersten Organe (der Landesregierung und ihrer Mitglieder – vgl. S 9 ff) **gebunden** (vgl. S 64 ff).

### **Vom Prinzip der Weisungsgebundenheit besteht aber eine Reihe von Ausnahmen:**

- Durch den Bundesverfassungsgesetzgeber wurden der **unabhängige Verwaltungssenat für Kärnten** (UVS – vgl. S 18 f) und die **Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag** (vgl. S 20 ff) weisungsfrei gestellt.
- Durch den Landesverfassungsgesetzgeber wurden **Verwaltungsorgane im Bereich des Dienstrechtes** (Prüfungskommissionen und -senate, Leistungsfeststellungskommissionen, Disziplinarkommissionen und -senate, Auswahl- und Beurteilungskommissionen sowie Gutachter in Objektivierungsverfahren – vgl. S 66), die **Obereinigungskommission** (vgl. S 66), die **Landeskommission nach Bedienstetenschutzrecht** (vgl. S 66), die **Gleichbehandlungskommission** (vgl. S 23 und S 65), die **Gleichbehandlungsbeauftragten** (vgl. S 24 und S 65), der **Patientenanwalt** (vgl. S 25 und S 66), der **Behindertenanwalt** (vgl. S 26 und S 66) und die **Kinder- und Jugendanwältin** (vgl. S 27 und S 66) weisungsfrei gestellt.
- Weisungsfrei (im selbständigen Wirkungsbereich) sind auch die **gesetzlichen beruflichen Interessenvertretungen** (Landarbeiterkammer und Landwirtschaftskammer – vgl. S 33 f), die **Kärntner Bergwacht** (vgl. S 33), der **Kärntner Landesfeuerwehrverband** (vgl. S 33) und die **„ausgegliederten Rechtsträger“** (vgl. S 28 ff). Diese Einrichtungen unterliegen (lediglich) der Aufsicht der Landesregierung.
- Weisungsfrei sind schließlich auch die **Personalvertreter** der Landesbediensteten (Mitglieder der Dienststellenpersonalvertretungen und der Zentralpersonalvertretung, Vertrauenspersonen); die Landesregierung führt (nur) die Aufsicht über die Personalvertretung.

## Der unabhängige Verwaltungssenat für Kärnten (UVS)

### Rechtsgrundlagen:

- ☐ **Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 129, 129a und 129b;
- ☐ **Kärntner Verwaltungssenatsgesetz – K-UVSG**, LGBl. Nr. 104/1990, zuletzt idF LGBl. Nr. 52/1997;
- ☐ **Geschäftsordnung des unabhängigen Verwaltungssenates für Kärnten – GeO KUUS**, Kärntner Landeszeitung vom 9. Jänner 1992, S 14;
- ☐ **Geschäftsverteilung des unabhängigen Verwaltungssenates für Kärnten für das Jahr 2001**, Kärntner Landeszeitung vom 21. Dezember 2000, S 6.

---

### Der UVS besteht aus acht Mitgliedern:

Präsident (Vorsitzender): **Dr. Heinz Josef Stotter**

Vizepräsident (Stellvertretender Vorsitzender): **Mag. August Waste**

sechs weitere Mitglieder: **Dr. Christa Hanschitz**

**Dr. Wolfgang Lackner**

**Mag. Armin Ragosnig**

**Dr. Barbara Rettenbacher-Krenn**

**Dr. Siegfried Unterholzer**

**Dr. Christine Vauti**

Die Mitglieder des UVS werden von der Landesregierung für sechs Jahre ernannt; eine unbefristete Wiederernennung ist zulässig. Die Mitglieder des UVS sind Landesbeamte, sie müssen rechtskundig sein.

Der Präsident, der Vizepräsident und die übrigen Mitglieder des UVS bilden die Vollversammlung. Der Vollversammlung obliegt die Erlassung der Geschäftsordnung und die Festlegung der Geschäftsverteilung des UVS.

Der UVS hat seinen **Sitz am Völkermarkter Ring 25, 9020 Klagenfurt.**

Der UVS ist eine (weisungsfreie) **Verwaltungsbehörde des Landes mit gerichtsähnlicher Funktion („Tribunal“)**. Er wurde 1991 für den Bereich des Landes Kärnten zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der öffentlichen Verwaltung in den in seine Zuständigkeit fallenden Angelegenheiten eingerichtet, um den Erfordernissen der Europäischen Menschenrechtskonvention zu entsprechen.

Die Mitglieder des UVS sind bei Besorgung der ihnen zukommenden Aufgaben **an keine Weisungen gebunden**. Weisungsgebundenheit gegenüber der Landesregierung besteht lediglich im organisatorischen Bereich (Angelegenheiten des „inneren Dienstes“). Der UVS ist auch keiner anderen Verwaltungsbehörde gegenüber weisungsbefugt.



Der UVS entscheidet als **Rechtsmittelbehörde** in Verfahren wegen Verwaltungsübertretungen (**Berufungsbehörde in Verwaltungsstrafsachen**) und über Beschwerden gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt (**Maßnahmebeschwerden**). Finanzstrafsachen des Bundes sind von der Zuständigkeit des UVS ausgenommen.

**Die Kompetenzen des UVS können durch Bundesgesetz oder Landesgesetz erweitert werden.** Durch Landesgesetze wurden dem UVS beispielsweise Zuständigkeiten im Bereich der Auftragsvergabe, des Grundverkehrsrechtes, des Jagdrechtes, des Fischereirechtes, des Baurechtes, der Besetzung von Leitungsfunktionen in der Landesverwaltung und der Ernennung von Schulleitern zugewiesen.

Sofern nicht die Vollversammlung zuständig ist, **entscheidet** der UVS **entweder in Kammern (kollegial) oder durch eines seiner Mitglieder (monokratisch)**. Derzeit sind zwei Kammern des UVS eingerichtet, die aus jeweils drei Mitgliedern bestehen; die Kammer ist beschlußfähig, wenn alle drei Mitglieder anwesend sind, und faßt ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.

**Der UVS entscheidet in letzter Instanz. Die Entscheidungen des UVS sind Bescheide, gegen die Beschwerde an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verfassungsgerichtshof und Verwaltungsgerichtshof) erhoben werden kann.**

Geschäftsstelle des UVS ist das Amt der Landesregierung; es stellt das Hilfspersonal und die Sacherfordernisse.

Der UVS hat der Landesregierung jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit und die hiebei gesammelten Erfahrungen zu übermitteln.

## **Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag**

Rechtsgrundlage:

- **Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 20 Abs. 2 und Art. 133 Z 4.

---

Weisungsfreie Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag haben eine lange – bis in die Zeit der Monarchie zurückreichende – Tradition. Sie führen ihre Bezeichnung wegen der Teilnahme wenigstens eines Richters an der Entscheidungsfindung und der Weisungsfreiheit auch der übrigen (nichtrichterlichen) Mitglieder.

**Weisungsfreie Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag entscheiden in oberster (letzter) Instanz; ihre Entscheidungen unterliegen nicht der Aufhebung oder Abänderung im Verwaltungsweg. Gegen Bescheide von weisungsfreien Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag ist die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof nur dann zulässig, wenn dies ausdrücklich im Gesetz vorgesehen ist. Die Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist jedenfalls zulässig.**

Die **Einrichtung** weisungsfreier Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag ist **nur ausnahmsweise zulässig**, weil sie nicht nur eine Durchbrechung des Prinzips der Leitungs- und Weisungsbefugnis der obersten Organe der Verwaltung (vgl. S 64 ff) und eine Ausnahme von der parlamentarischen Kontrolle der Verwaltung, sondern im Regelfall auch eine Ausnahme von der Kontrolle der Verwaltung durch den Verwaltungsgerichtshof bedeutet.

Weisungsfreie Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag können sowohl vom Landesgesetzgeber als auch vom Bundesgesetzgeber eingerichtet werden:

**Der Kärntner Landesgesetzgeber hat als weisungsfreie Kollegialbehörde mit richterlichem Einschlag die Grundverkehrslandeskommision (vgl. S 21) eingerichtet.**

**Der Bundesgesetzgeber hat für das Bundesland Kärnten als weisungsfreie Kollegialbehörde mit richterlichem Einschlag den Landesagrarsenat (vgl. S 22) eingerichtet.**

## **Die Grundverkehrslandeskommission**

### Rechtsgrundlagen:

- Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 20 Abs. 2 und Art. 133 Z 4;
- Kärntner Grundverkehrsgesetz 1994 – K-GVG**, LGBl. Nr. 104/1994, zuletzt idF LGBl. Nr. 45/2000: § 18.

---

**Die Grundverkehrslandeskommission ist als weisungsfreie Verwaltungsbehörde des Landes (Kollegialbehörde mit richterlichem Einschlag – vgl. S 20) beim Amt der Landesregierung eingerichtet.** Die Geschäfte der Grundverkehrslandeskommission werden von der Abteilung 11 Agrarrecht des Amtes der Landesregierung (vgl. S 11 ff) geführt.

**Die Grundverkehrslandeskommission besteht aus acht Mitgliedern** (einem rechtskundigen Landesbediensteten als Vorsitzendem, einem Richter, fünf fachkundigen Mitgliedern auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft sowie einem in Kärnten selbständig erwerbstätigen Landwirt). Die Mitglieder der Grundverkehrslandeskommission werden von der Landesregierung für die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates bestellt.

**Die Grundverkehrslandeskommission entscheidet in zweiter und letzter Instanz über Berufungen gegen Bescheide der (Bezirks-)Grundverkehrskommissionen** (vgl. S 43 f). **Gegen Berufungsbescheide der Grundverkehrslandeskommission ist nur die Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof, nicht jedoch an den Verwaltungsgerichtshof zulässig** (weil die Anrufung des Verwaltungsgerichtshofes im Kärntner Grundverkehrsgesetz 1994 nicht vorgesehen ist).

**Die Grundverkehrslandeskommission bildet zusammen mit den (Bezirks-)Grundverkehrskommissionen** (vgl. S 43 f) **die Grundverkehrsbehörden des Landes** für den land- und forstwirtschaftlichen Grundverkehr („Sonderverwaltungsbehörden“).

## Der Landesagrarsenat (LAS)

### Rechtsgrundlagen:

- **Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 12 Abs. 2, Art. 20 Abs. 2 und Art. 133 Z 4;
- **Übergangsgesetz 1920 – ÜG 1920**, BGBl. Nr. 368/1925, zuletzt idF BGBl. I Nr. 194/1999: § 8 Abs. 1 und 4;
- **Agrarbehördengesetz 1950**, BGBl. Nr. 1/1951, zuletzt idF BGBl. I Nr. 191/1999: Art. I und Art. III.

---

**Der Landesagrarsenat (LAS) ist als weisungsfreie Verwaltungsbehörde des Landes (Kollegialbehörde mit richterlichem Einschlag – vgl. S 20) beim Amt der Landesregierung eingerichtet.** Geschäftsstelle des Landesagrarsenates ist die Abteilung 11 Agrarrecht des Amtes der Landesregierung (vgl. S 11 ff).

**Der Landesagrarsenat besteht aus acht Mitgliedern** (einem rechtskundigen Landesbeamten als Vorsitzendem, drei Richtern, einem rechtskundigen Landesbeamten als Berichterstatter, einem in agrartechnischen Angelegenheiten und einem in forstlichen Angelegenheiten erfahrenen Landesbeamten des höheren Dienstes sowie einem landwirtschaftlichen Sachverständigen). Die Mitglieder des Landesagrarsenates werden von der Landesregierung auf fünf Jahre bestellt; eine Wiederbestellung ist zulässig.

**Der LAS entscheidet über Berufungen gegen Bescheide der Agrarbezirksbehörden Klagenfurt und Villach** (vgl. S 41 f) **in Angelegenheiten der Bodenreform in zweiter Instanz.** Entscheidet der LAS in zweiter und letzter (oberster) Instanz, so ist gegen seine Berufungsbescheide die Beschwerde an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof) zulässig. In bestimmten Fällen entscheidet aber über Berufungen gegen Bescheide des LAS in oberster (dritter und letzter) Instanz eine Bundesbehörde, der beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft in Wien eingerichtete Oberste Agrarsenat (OAS). Gegen letztinstanzliche Entscheidungen (Berufungsbescheide) des OAS ist die Beschwerde an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof) zulässig.

**Der Landesagrarsenat bildet zusammen mit den Agrarbezirksbehörden Klagenfurt und Villach** (vgl. S 41 f) **die Agrarbehörden des Landes** („Sonderverwaltungsbehörden“).

## **Die Gleichbehandlungskommission**

### Rechtsgrundlagen:

- Landes-Gleichbehandlungsgesetz**, LGBl. Nr. 56/1994, idF LGBl. Nr. 14/1995: §§ 19 bis 23;
- Geschäftsordnung der Gleichbehandlungskommission**, Kärntner Landeszeitung vom 13. Juli 1995, S 3.

---

**Die Gleichbehandlungskommission ist als weisungsfreies Verwaltungsorgan des Landes beim Amt der Landesregierung eingerichtet.** Die Geschäfte der Gleichbehandlungskommission werden von der Abteilung 13 Soziales, Jugend, Familie und Frau des Amtes der Landesregierung (vgl. S 11 ff) geführt.

**Die Gleichbehandlungskommission ist ein Kollegialorgan; sie besteht aus sechs (in Gemeindeangelegenheiten sieben) Mitgliedern:**

- einem rechtskundigen Vertreter der für dienstrechtliche Angelegenheiten zuständigen Abteilung des Amtes der Landesregierung (Abteilung 1 Landesamtsdirektion) mit mindestens zweijähriger Erfahrung im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts oder des Dienstrechts,
- zwei Landesbediensteten, die Erfahrungen in Fragen der Gleichbehandlung und Frauenförderung haben oder mit diesen Fragen betraut sind,
- einem Mitglied der Personalvertretung,
- zwei Vertretern der Gewerkschaft öffentlicher Dienst (in Gemeindeangelegenheiten: zwei Vertretern der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und einem Bürgermeister).

Die Mitglieder der Gleichbehandlungskommission werden von der Landesregierung auf fünf Jahre bestellt; Wiederbestellungen sind zulässig.

**Aufgabe** der Gleichbehandlungskommission ist es, Gutachten zu allen die Gleichbehandlung und Frauenförderung im Landes- und Gemeindedienst betreffenden Fragen zu erstatten. Die Gutachten der Gleichbehandlungskommission sind in der Kärntner Landeszeitung anonymisiert zu veröffentlichen.

## Die Gleichbehandlungsbeauftragten

### Rechtsgrundlage:

- Landes-Gleichbehandlungsgesetz**, LGBl. Nr. 56/1994, idF LGBl. Nr. 14/1995: §§ 24 und 25.

---

Die Gleichbehandlungsbeauftragten sind **weisungsfreie Verwaltungsorgane** des Landes. Die Landesregierung hat **zwei Landesbedienstete** zu Gleichbehandlungsbeauftragten zu bestellen:

- eine(n) Gleichbehandlungsbeauftragte(n) zur Vertretung der Bediensteten, die in einem öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Dienstverhältnis zum Land Kärnten, zu einer Gemeinde oder zu einem Gemeindeverband stehen, mit Ausnahme der Bediensteten in den Landeskrankenanstalten sowie der Bediensteten der Landeshauptstadt Klagenfurt und der Stadt Villach;
- eine(n) Gleichbehandlungsbeauftragte(n) zur Vertretung der Bediensteten, die in einem öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Dienstverhältnis zum Land Kärnten stehen und in den Landeskrankenanstalten verwendet werden.

Die Bestellung der Gleichbehandlungsbeauftragten erfolgt auf fünf Jahre; Wiederbestellungen sind zulässig.

Die Gleichbehandlungsbeauftragten haben sich mit allen die **Gleichbehandlung und Frauenförderung** betreffenden Fragen zu befassen. Sie haben Anfragen, Wünsche, Beschwerden, Anzeigen oder Anregungen einzelner Bediensteter zu Fragen der Gleichbehandlung entgegenzunehmen, zu beantworten oder der Gleichbehandlungskommission (vgl. S 23) weiterzugeben. Sie sind berechtigt, Anträge an die Gleichbehandlungskommission auf Erstattung eines Gutachtens zu stellen und an deren Sitzungen mit beratender Stimme teilzunehmen.

Zu Gleichbehandlungsbeauftragten wurden bestellt:

- Helga Grafschafter** (Landes- und Gemeindebedienstete, ausgenommen die Landeskrankenanstalten und die Städte Klagenfurt und Villach),
- Lore Prazna** (Landeskrankenanstalten).

## **Der Patientenanwalt**

### Rechtsgrundlage:

- Gesetz über die Patientenanwaltschaft, LGBl. Nr. 53/1990, zuletzt idF LGBl. Nr. 108/1997.

---

**Der Patientenanwalt ist als weisungsfreies Verwaltungsorgan des Landes beim Amt der Landesregierung (Abteilung 12 Sanitätswesen – vgl. S 11 ff) eingerichtet.**

**Aufgabe** des Patientenanwaltes ist die Entgegennahme von Beschwerden von Patienten oder deren Angehörigen über die Behandlung oder Betreuung in Kärntner Krankenanstalten oder in Praxen von Ärzten, die der Ärztekammer für Kärnten angehören, sowie die Entgegennahme von Anregungen aus diesem Bereich. Der Patientenanwalt hat die Patienten, die sich an ihn wenden, zu beraten und ihnen alle Informationen weiterzugeben, soweit nicht gesetzliche Verschwiegenheitspflichten (vgl. S 67 ff) entgegenstehen. Der Patientenanwalt hat der Landesregierung jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit und die hiebei gesammelten Erfahrungen vorzulegen; die Landesregierung hat diesen Tätigkeitsbericht dem Landtag zur Kenntnis zu bringen.

Der Patientenanwalt wird von der Landesregierung auf fünf Jahre bestellt; eine Wiederbestellung ist zulässig.

Zum Patientenanwalt wurde **Dr. Erwin Kalbhenn** bestellt.

**Sitz:** St. Veiter Straße 47, 9021 Klagenfurt

## **Der Behindertenanwalt**

Rechtsgrundlage:

- Gesetz über die Behindertenanwaltschaft, LGBl. Nr. 140/1991, idF LGBl. Nr. 8/1998.

---

**Der Behindertenanwalt ist als weisungsfreies Verwaltungsorgan des Landes beim Amt der Landesregierung (Abteilung 13 Soziales, Jugend, Familie und Frau – vgl. S 11 ff) eingerichtet.**

Der Behindertenanwalt ist eine **allgemeine Ansprechstelle für Behinderte zur leichten Bewältigung ihrer Probleme**. Er hat Behinderte und ihre gesetzlichen Vertreter zu beraten und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie erforderlichenfalls die Beratung durch zuständige Stellen zu vermitteln. Er hat Beschwerden und Verbesserungsvorschläge entgegenzunehmen und Verbesserungsvorschläge oder Vorschläge zur Abstellung sonstiger Mißstände an die in Betracht kommenden Stellen weiterzuleiten. Dem Behindertenanwalt obliegt auch die **Öffentlichkeitsarbeit im Interesse der Behinderten**. Der Behindertenanwalt hat der Landesregierung jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit und die hiebei gesammelten Erfahrungen vorzulegen; die Landesregierung hat diesen Tätigkeitsbericht dem Landtag zur Kenntnis zu bringen.

Der Behindertenanwalt wird von der Landesregierung auf fünf Jahre bestellt; eine Wiederbestellung ist zulässig.

Zum Behindertenanwalt wurde **Dr. Horst Sekerka** bestellt.

**Sitz:** Funderstraße 25, 9021 Klagenfurt



## Die Kinder- und Jugendanwältin

### Rechtsgrundlage:

- Kärntner Jugendwohlfahrtsgesetz**, LGBl. Nr. 42/1997, zuletzt idF LGBl. Nr. 35/1999: § 4.

---

**Die Kinder- und Jugendanwältin ist als weisungsfreies Verwaltungsorgan des Landes beim Amt der Landesregierung (Abteilung 13 Soziales, Jugend, Familie und Frau – vgl. S 11 ff) eingerichtet.**

**Aufgabe** der Kinder- und Jugendanwältin ist es, Kinder und Jugendliche, ihre Erziehungsberechtigten und gesetzlichen Vertreter in allen Angelegenheiten, die die Stellung der Kinder und Jugendlichen und die Aufgaben der Erziehungsberechtigten betreffen, zu beraten sowie bei Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen über die Pflege und Erziehung zu helfen.

Die Behörden und Dienststellen des Landes und die Gemeinden sind verpflichtet, der Kinder- und Jugendanwältin die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Unterstützung und die erforderlichen Auskünfte zu gewähren.

Die Kinder- und Jugendanwältin hat bei Bedarf, mindestens einmal jährlich, der Landesregierung einen Tätigkeitsbericht vorzulegen; die Landesregierung hat diese Tätigkeitsberichte dem Landtag zur Kenntnis zu bringen.

Die Kinder- und Jugendanwältin wird von der Landesregierung – ohne Befristung – bestellt.

Zur Kinder- und Jugendanwältin wurde **Mag. Astrid Liebhauser** bestellt.

**Sitz:** Funderstraße 25, 9021 Klagenfurt

## Die „ausgegliederten“ Rechtsträger

Das Land Kärnten nimmt verschiedene (öffentliche) Aufgaben nicht selbst (im eigenen Namen, durch die Verwaltungsorganisation des Landes) wahr, sondern läßt sie durch andere, rechtlich selbständige, aber organisatorisch beherrschte Einrichtungen (unter fremdem Namen, durch Organe dieser „ausgegliederten“ Rechtsträger) besorgen. Vor allem in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurden zahlreiche bis dahin von der Landesverwaltung besorgte Aufgaben auf eigens durch Landesgesetz dafür geschaffene **juristische Personen des öffentlichen Rechts** übertragen („ausgegliedert“). Die „ausgegliederten“ Rechtsträger unterliegen im Regelfall lediglich der **Aufsicht der Landesregierung**, nur ausnahmsweise sind sie an deren Weisungen gebunden; sie sind keine „Organe der Landesverwaltung“ im engen, organisatorischen Sinn.

### Durch Landesgesetz wurden folgende „ausgegliederte“ Rechtsträger eingerichtet:

- Die Kärntner Landes- und Hypothekenbank-Holding (Kärntner Landesholding)**  
Rechtsgrundlagen: Kärntner Landesholding-Gesetz, LGBl. Nr. 37/1991; Kundmachung der Landesregierung betreffend die Satzung der Kärntner Landes- und Hypothekenbank-Holding (Kärntner Landesholding), LGBl. Nr. 97/1991.
- Der Landwirtschaftliche Siedlungsfonds**  
Rechtsgrundlage: Landwirtschaftliches Siedlungsgesetz, LGBl. Nr. 122/1970, zuletzt idF LGBl. Nr. 23/1994: §§ 11 bis 21 (2. Abschnitt).
- Der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF)**  
Rechtsgrundlagen: Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz, LGBl. Nr. 6/1993, zuletzt idF LGBl. Nr. 48/2000; Satzung des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, Kärntner Landeszeitung vom 23. September 1993, S 6, zuletzt idF Kärntner Landeszeitung vom 23. Oktober 1997, S 3.
- Die Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft (KABEG)**  
**Die Landeskrankenanstalt Klagenfurt**  
**Die Landeskrankenanstalt Villach**  
**Die Landeskrankenanstalt Wolfsberg**  
**Die Landeskrankenanstalt Hermagor**  
**Die Landeskrankenanstalt Laas**  
Rechtsgrundlagen: Krankenanstalten-Betriebsgesetz, LGBl. Nr. 44/1993, idF LGBl. Nr. 86/1996; Satzung der Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft, Kärntner Landeszeitung vom 7. Oktober 1993, S 3, zuletzt idF Kärntner Landeszeitung vom 18. März 1999, S 5.
- Der Kärntner Krankenanstaltenfonds**  
Rechtsgrundlagen: Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000, LGBl. Nr. 84/1997, idF LGBl. Nr. 119/1997; Krankenanstaltenfondsgesetz – K-KAFG, LGBl. Nr. 18/1997, zuletzt idF LGBl. Nr. 1/2001.

- Der Kärntner Bodenbeschaffungsfonds**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Bodenbeschaffungsfondsgesetz – K-BBFG, LGBl. Nr. 38/1997, zuletzt idF LGBl. Nr. 10/1999.
- Das Kärntner Landesarchiv**  
Rechtsgrundlagen: Kärntner Landesarchivgesetz – K-LAG, LGBl. Nr. 40/1997; Verordnung der Landesregierung, mit der für das Kärntner Landesarchiv eine Benützungserlaubnis erlassen wird, LGBl. Nr. 94/1997, idF LGBl. Nr. 119/1997.
- Das Landesmuseum für Kärnten**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Landesmuseumsgesetz – K-LMG, LGBl. Nr. 72/1998.
- Die Kärntner Verwaltungsakademie**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Verwaltungsakademiegesetz – K-VAG, LGBl. Nr. 65/1998.
- Der Schulbaufonds für Volks- und Sonderschulen**  
**Der Schulbaufonds für Hauptschulen und Polytechnische Schulen**  
**Der Schulbaufonds für Berufsschulen**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Schulgesetz, K-SchG, LGBl. Nr. 58/2000: §§ 69 bis 71 (12. Abschnitt).
- Der Tierseuchenfonds für das Bundesland Kärnten**  
Rechtsgrundlagen: Tierseuchenfondsgesetz 1995 – K-TSFG, LGBl. Nr. 58/1995, zuletzt idF LGBl. Nr. 56/1998; Verordnung der Landesregierung betreffend die Erlassung der Satzung des Tierseuchenfonds für das Bundesland Kärnten, LGBl. Nr. 61/1999; Verordnung der Landesregierung, mit der die Tierseuchenfondsbeiträge und der Zeitpunkt ihrer Einhebung festgesetzt werden, LGBl. Nr. 15/2000.
- Der Familienfonds**  
Rechtsgrundlage: Familienförderungsgesetz, LGBl. Nr. 10/1991, zuletzt idF LGBl. Nr. 10/2001: §§ 10 bis 12 (3. Abschnitt).
- Der Kärntner Nationalparkfonds**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Nationalparkgesetz, LGBl. Nr. 55/1983, zuletzt idF LGBl. Nr. 6/1998: §§ 15b bis 18.
- Der Wohn- und Siedlungsfonds für das Land Kärnten**  
Rechtsgrundlage: Gesetz, mit dem ein Wohn- und Siedlungsfonds für das Land Kärnten errichtet wird, LGBl. Nr. 7/1972, zuletzt idF LGBl. Nr. 41/1994.

Nach ihrer Organisationsstruktur werden die „ausgliederten“ Rechtsträger in „(selbständige) Anstalten“ (vgl. S 31 f) und „(selbständige) Fonds“ eingeteilt:

(Selbständige) Anstalten sind die Kärntner Landesholding, die Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft, die Landeskrankenanstalten Klagenfurt, Villach, Wolfsberg, Hermagor und Laas, das Kärntner Landesarchiv, das Landesmuseum für Kärnten und die Kärntner Verwaltungsakademie.

**(Selbständige) Fonds** sind der Landwirtschaftliche Siedlungsfonds, der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, der Kärntner Krankenanstaltenfonds, der Kärntner Bodenbeschaffungsfonds, der Schulbaufonds für Volks- und Sonderschulen, der Schulbaufonds für Hauptschulen und Polytechnische Schulen, der Schulbaufonds für Berufsschulen, der Tierseuchenfonds für das Bundesland Kärnten, der Familienfonds, der Kärntner Nationalparkfonds und der Wohn- und Siedlungsfonds für das Land Kärnten.

„Ausgliederungen“ erfolgten aber nicht nur auf juristische Personen des öffentlichen Rechts, sondern auch auf **juristische Personen des Privatrechts**, insbesondere auf Aktiengesellschaften (AG) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), **an denen das Land Kärnten beteiligt ist** (zB Kärntner Landes- und Hypothekenbank AG, Kärntner Elektrizitäts AG, Tourismusinfrastruktur Kärnten GmbH, Kärntner Reisebüro GmbH, Kärnten Werbung Marketing & Innovationsmanagement GmbH, Technologieland Kärnten GmbH, Olympia Bewerbungs GmbH, Klagenfurt 2006 Organisations GmbH).

## Anstalten

„Anstalten“ sind **Einrichtungen, mit denen Sachen oder Dienstleistungen zur Benützung oder Inanspruchnahme zur Verfügung gestellt werden.** Wesentlich ist eine äußerlich sichtbare Organisation, bestehend aus einem persönlichen und sachlichen Apparat, sowie die dauernde Widmung für bestimmte Zwecke der öffentlichen Verwaltung. Anstalten haben – im Gegensatz zu Körperschaften (vgl. S 33 ff) – keine Mitglieder, sondern Benützer.

Man unterscheidet zwischen „selbständigen Anstalten“ und „unselbständigen Anstalten“, je nach dem, ob sie **Rechtspersönlichkeit haben oder nicht:**

**Selbständige Anstalten (juristische Personen des öffentlichen Rechts)** sind beispielsweise die Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft und die Landeskrankenanstalten, das Kärntner Landesarchiv, das Landesmuseum für Kärnten und die Kärntner Verwaltungsakademie (vgl. S 28 ff).

**Unselbständige Anstalten (ohne Rechtspersönlichkeit)**, deren Rechtsträger das Land Kärnten ist, sind beispielsweise:

- Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt Kärnten (LUA Kärnten)**  
Rechtsgrundlage: Statut der Lebensmitteluntersuchungsanstalt Kärnten, LGBl. Nr. 28/1950, zuletzt idF LGBl. Nr. 100/1995.
- Die Landesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Ehrental**  
Rechtsgrundlage: Statut der Landesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Ehrental, LGBl. Nr. 99/1975.
- Die Landesbildstelle („Kärntner Medienzentrum“)**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Schulgesetz – K-SchG, LGBl. Nr. 58/2000: §§ 84a bis 84f (14a. Abschnitt).
- Das Behindertenförderungszentrum des Landes Kärnten**
- Das Landesjugendheim Rosental**
- Die Kärntner Landesgalerie**
- Das Landwirtschaftsmuseum des Landes Kärnten**

In die Kategorie der (unselbständigen) Anstalten können auch die vom Land Kärnten geführten **Schulen und Akademien** eingeordnet werden; das sind:

- Das Kärntner Landesmusikschulwerk**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Musikschulgesetz, LGBl. Nr. 44/1991, zuletzt idF LGBl. Nr. 74/1996; Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt idF BGBl. Nr. 448/1994.
- Das Kärntner Landeskonservatorium**  
Rechtsgrundlage: Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt idF BGBl. Nr. 448/1994.

- **Die Berufsschulen**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Schulgesetz – K-SchG, LGBl. Nr. 58/2000: §§ 39 bis 45a (7. Abschnitt).
- **Die Sonderschulen**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Schulgesetz – K-SchG, LGBl. Nr. 58/2000: §§ 25 bis 31a (5. Abschnitt).
- **Die land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen**  
Rechtsgrundlage: Kärntner landwirtschaftliches Schulgesetz 1993, LGBl. Nr. 16/1993, zuletzt idF LGBl. Nr. 58/1998.
- **Die Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege**  
Rechtsgrundlage: Gesundheits- und Krankenpflegegesetz – GuKG, BGBl. I Nr. 108/1997, zuletzt idF BGBl. I Nr. 116/1999.
- **Die Medizinisch-technischen Akademien**  
Rechtsgrundlage: MTD-Gesetz, BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt idF BGBl. Nr. 327/1996.
- **Die Kärntner Tourismusschulen Warmbad Villach**  
Rechtsgrundlage: Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt idF BGBl. Nr. 448/1994.

## Körperschaften

Körperschaften sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, denen ein bestimmter Personenkreis von Gesetzes wegen angehört (Personengemeinschaften mit „Zwangs- oder Pflichtmitgliedschaft“).

Durch Landesgesetz wurden in Kärnten beispielsweise folgende Körperschaften des öffentlichen Rechts eingerichtet:

### Die Kärntner Bergwacht

Rechtsgrundlage: Bergwachtgesetz, LGBl. Nr. 25/1973, idF LGBl. Nr. 58/1981.

Die Kärntner Bergwacht hat ihren **Sitz in Klagenfurt**.

**Mitglieder** der Kärntner Bergwacht sind die von den Bezirksverwaltungsbehörden bestellten und angelobten **Bergwächter**.

Nach außen wird die Kärntner Bergwacht vom Landesleiter vertreten.

Die Kärntner Bergwacht untersteht der **Aufsicht der Landesregierung**.

### Der Kärntner Landesfeuerwehrverband

Rechtsgrundlage: Kärntner Feuerwehrgesetz – K-FWG, LGBl. Nr. 48/1990, zuletzt idF LGBl. Nr. 74/1997: §§ 15 bis 28 (5. Abschnitt).

Der Kärntner Landesfeuerwehrverband hat seinen **Sitz in Klagenfurt**.

**Mitglieder** des Kärntner Landesfeuerwehrverbandes sind die **Freiwilligen Feuerwehren, die Berufsfeuerwehren und die Betriebsfeuerwehren**.

Nach außen wird der Kärntner Landesfeuerwehrverband vom Landesfeuerwehrkommandanten vertreten.

Der Kärntner Landesfeuerwehrverband untersteht der **Aufsicht der Landesregierung**.

### Die Kärntner Jägerschaft

Rechtsgrundlage: Kärntner Jagdgesetz 2000 – K-JG, LGBl. Nr. 21/2000: §§ 80 bis 91 (10. Abschnitt).

Die Kärntner Jägerschaft ist die **gesetzliche Interessenvertretung** der in Kärnten die Jagd ausübenden Personen und der Jagdschutzorgane.

Die Kärntner Jägerschaft hat ihren **Sitz in Klagenfurt**.

**Mitglieder** der Kärntner Jägerschaft sind die **Inhaber der Jagdkarten**.

Nach außen wird die Kärntner Jägerschaft durch den Landesjägermeister vertreten.

Die Kärntner Jägerschaft untersteht der **Aufsicht der Landesregierung** und ist an deren **Weisungen** gebunden.

### Die Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft für Kärnten (Landarbeiterkammer für Kärnten)

Rechtsgrundlagen: Landarbeiterkammergesetz 1979, LGBl. Nr. 2/1979, zuletzt idF LGBl. Nr. 38/1995; Landarbeiterkammerwahlgesetz – LAKWG, LGBl. Nr. 38/1995; Verordnung der Landesregierung, mit der die Landarbeiterkammer mit der Durchführung der Förderung des Landarbeiter-Eigenheimbaues betraut wird, LGBl. Nr. 19/2000.

Die Landarbeiterkammer Kärnten ist die **gesetzliche berufliche Interessenvertretung** der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer.

Die Landarbeiterkammer Kärnten hat ihren **Sitz in Klagenfurt**.

**Mitglieder** der Landarbeiterkammer Kärnten sind **die Arbeiter und Angestellten, die in Kärnten auf land- und forstwirtschaftlichem Gebiet, insbesondere in den in Kärnten gelegenen Betrieben der Land- und Forstwirtschaft, beschäftigt sind.**

Nach außen wird die Landarbeiterkammer Kärnten vom Präsidenten vertreten.

Die Landarbeiterkammer Kärnten untersteht der **Aufsicht der Landesregierung**.

### **Die Kammer für Land- und Forstwirtschaft in Kärnten (Landwirtschaftskammer Kärnten)**

Rechtsgrundlagen: Landwirtschaftskammergesetz 1991, LGBl. Nr. 127/1991, zuletzt idF LGBl. Nr. 130/1997; Landwirtschaftskammerwahlordnung 1991, LGBl. Nr. 126/1991, zuletzt idF LGBl. Nr. 60/1996; Kärntner Landwirtschaftsgesetz – K-LWG, LGBl. Nr. 6/1997, idF LGBl. Nr. 49/1997: § 12; Verordnung der Landesregierung, mit der die Landwirtschaftskammer mit der Durchführung von Förderungsmaßnahmen betraut wird, LGBl. Nr. 20/2000.

Die Landwirtschaftskammer Kärnten ist die **gesetzliche berufliche Interessenvertretung** der Kärntner Land- und Forstwirte.

Die Landwirtschaftskammer Kärnten hat ihren **Sitz in Klagenfurt**.

**Mitglieder** der Landwirtschaftskammer Kärnten sind **die Eigentümer von in Kärnten gelegenen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und Grundstücken einer bestimmten Mindestgröße.**

Nach außen wird die Landwirtschaftskammer Kärnten vom Präsidenten vertreten.

Die Landwirtschaftskammer Kärnten untersteht der **Aufsicht der Landesregierung**.

### **Die Fischereireviervverbände**

Rechtsgrundlage: Kärntner Fischereigesetz – K-FG, LGBl. Nr. 62/2000: §§ 48 bis 54 (8. Abschnitt).

Die Fischereireviervverbände sind die **gesetzlichen Interessenvertretungen** der Fischereiausübungsberechtigten.

In Kärnten bestehen **acht** Fischereireviervverbände:

Die Fischereireviervverbände sind jeweils für den Sprengel einer Bezirksverwaltungsbehörde (vgl. S 36 ff) eingerichtet, wobei das Gebiet der Landeshauptstadt Klagenfurt dem Sprengel der Bezirkshauptmannschaft Klagenfurt-Land, das Gebiet der Stadt Villach dem Sprengel der Bezirkshauptmannschaft Villach-Land zugeordnet ist.

**Mitglieder** der Fischereireviervverbände sind **die Fischereiausübungsberechtigten jener Fischereireviere, die zur Gänze oder überwiegend im Sprengel einer Bezirksverwaltungsbehörde gelegen sind.**

Nach außen werden die Fischereireviervverbände von ihren Vorsitzenden vertreten.

Die Fischereireviervverbände unterliegen der **Aufsicht der Landesregierung** und sind an deren **Weisungen** gebunden.



Die angeführten „**Personalkörperschaften**“, die bestimmte Personengruppen gleicher Interessenlage erfassen, sind von den sogenannten „**Gebietskörperschaften**“ zu unterscheiden:

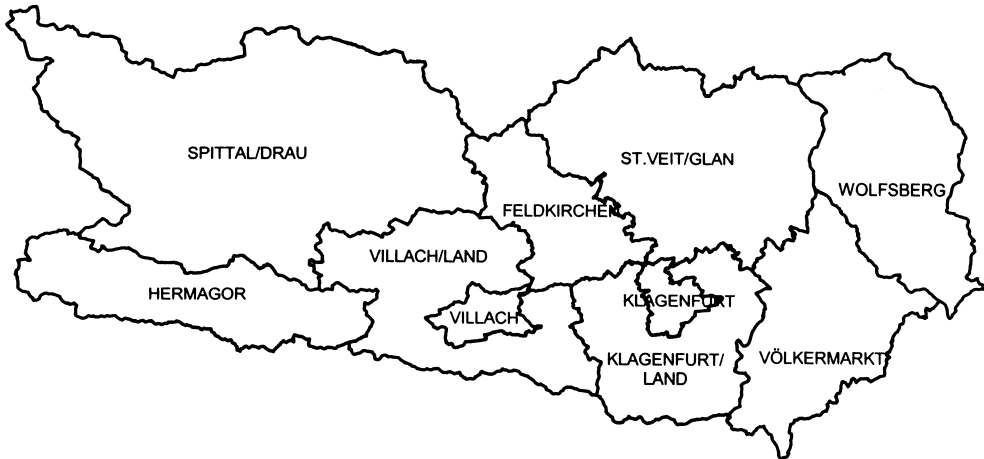
Unter einer „Gebietskörperschaft“ versteht man eine juristische Person des öffentlichen Rechts, die **alle** Personen erfaßt, die in einer örtlichen Beziehung (Aufenthalt, Wohnsitz, Sitz) zu einem bestimmten Gebiet (Bundesgebiet, Landesgebiet, Gemeindegebiet) stehen. Gebietskörperschaften sind der Bund, das Land Kärnten und die Gemeinden (vgl. S 47 ff), nicht jedoch die Gemeindeverbände (vgl. S 56 ff).

## Die Bezirkshauptmannschaften

### Rechtsgrundlagen:

- Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 15 Abs. 10, Art. 81a Abs. 2 und 3, Art. 120;
- Übergangsgesetz 1920 – ÜG 1920**, BGBl. Nr. 368/1925, zuletzt idF BGBl. I Nr. 194/1999: § 8 Abs. 1 und 4, § 8 Abs. 5 lit. b und d;
- Gesetz über die Organisation der Bezirkshauptmannschaften**, LGBl. Nr. 19/1982, zuletzt idF LGBl. Nr. 128/1997.

**Das Land Kärnten gliedert sich** – abgesehen von Städten mit eigenem Statut Klagenfurt und Villach (vgl. S 54) – **in die politischen Bezirke Feldkirchen, Hermagor, Klagenfurt-Land, St. Veit an der Glan, Spittal an der Drau, Villach-Land, Völkermarkt und Wolfsberg.**



**Die Sprengel der politischen Bezirke umfassen folgende Gemeinden** (die dem Namen der Gemeinde in Klammern nachgestellte Zahl markiert die Lage der Gemeinde auf der Übersichtskarte auf S 51):

- Politischer Bezirk Feldkirchen:**  
Albeck (2), Feldkirchen in Kärnten (25), Glanegg (36), Gnesau (40), Himmelberg (49), Ossiach (86), Reichenau (93), St. Urban (112), Steindorf am Ossiacher See (115), Steuerberg (117).
- Politischer Bezirk Hermagor:**  
Dellach (13), Gitschtal (35), Hermagor-Pressegger See (48), Kirchbach (55), Kötschach-Mauthen (59), Lesachtal (65), St. Stefan im Gailtal (111).
- Politischer Bezirk Klagenfurt-Land:**  
Ebenthal in Kärnten (17), Feistritz im Rosental (22), Ferlach (26), Grafenstein (41), Keutschach am See (54), Köttmannsdorf (60), Krumpendorf am Wörther See (62),

Ludmannsdorf (67), Magdalensberg (69), Maria Rain (72), Maria Saal (73), Maria Wörth (74), Moosburg (79), Poggersdorf (88), Pörtschach am Wörther See (89), Schiefing am See (100), St. Margareten im Rosental (109), Techelsberg am Wörther See (120), Zell (132).

**Politischer Bezirk St. Veit an der Glan:**

Althofen (3), Brückl (12), Deutsch-Griffen (15), Eberstein (19), Frauenstein (31), Friesach (33), Glödnitz (38), Gurk (45), Guttaring (46), Hüttenberg (51), Kappel am Krappfeld (53), Klein St. Paul (58), Liebenfels (66), Metnitz (75), Micheldorf (76), Möbling (78), St. Georgen am Längsee (105), St. Veit an der Glan (113), Straßburg (119), Weitensfeld im Gurktal (128).

**Politischer Bezirk Spittal an der Drau:**

Bad Kleinkirchheim (7), Baldramsdorf (9), Berg im Drautal (10), Dellach im Drautal (14), Flattach (29), Gmünd in Kärnten (39), Greifenburg (42), Großkirchheim (44), Heiligenblut (47), Irschen (52), Kleblach-Lind (57), Krens in Kärnten (61), Lendorf (64), Lurnfeld (68), Mallnitz (70), Malta (71), Millstatt (77), Mörttschach (80), Mühldorf (81), Oberdrauburg (84), Obervellach (85), Radenthein (91), Rangiersdorf (92), Reißeck (95), Rennweg am Katschberg (96), Sachsenburg (99), Seeboden (101), Spittal an der Drau (103), Stall (114), Steinfeld (116), Trebesing (121), Weißensee (126), Winklern (130).

**Politischer Bezirk Villach-Land:**

Afritz am See (1), Arnoldstein (4), Arriach (5), Bad Bleiberg (6), Feistritz an der Gail (21), Feld am See (24), Ferndorf (27), Finkenstein am Faaker See (28), Fresach (32), Hohenthurn (50), Nötsch im Gailtal (83), Paternion (87), Rosegg (97), St. Jakob im Rosental (107), Stockenboi (118), Treffen (122), Velden am Wörther See (123), Weißenstein (127), Wernberg (129).

**Politischer Bezirk Völkermarkt:**

Bleiburg (11), Diex (16), Eberndorf (18), Eisenkappel-Vellach (20), Feistritz ob Bleiburg (23), Gallizien (34), Globasnitz (37), Griffen (43), Neuhaus (82), Ruden (98), St. Kanzian am Klopeiner See (108), Sittersdorf (102), Völkermarkt (125).

**Politischer Bezirk Wolfsberg:**

Bad St. Leonhard im Lavanttal (8), Frantschach-St. Gertraud (30), Lavamünd (63), Preitenegg (90), Reichenfels (94), St. Andrä (104), St. Georgen im Lavanttal (106), St. Paul im Lavanttal (110), Wolfsberg (131).

Die Sprengel der politischen Bezirke überziehen das gesamte Landesgebiet, mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut Klagenfurt und Villach.

Die Grenzen der politischen Bezirke dürfen sich weder mit den Grenzen der Gerichtsbezirke (Bezirksgerichtssprengel) noch mit den Gemeindegrenzen schneiden.

Für jeden politischen Bezirk ist als **Bezirksverwaltungsbehörde** eine Bezirkshauptmannschaft (BH) eingerichtet:

- Bezirkshauptmannschaft Feldkirchen**  
Milesistraße 10, 9560 Feldkirchen in Kärnten  
**Bezirkshauptmann: Dr. Dietmar Stückler**
- Bezirkshauptmannschaft Hermagor**  
Hauptstraße 44, 9620 Hermagor-Pressegger See  
**Bezirkshauptmann: Dr. Siegfried Trattner**
- Bezirkshauptmannschaft Klagenfurt-Land**  
Völkermarkter Ring 19, 9010 Klagenfurt  
**Bezirkshauptmann: Dr. Wolfgang Marchart**
- Bezirkshauptmannschaft St. Veit an der Glan**  
Hauptplatz 28, 9300 St. Veit an der Glan  
**Bezirkshauptmann: Dr. Dieter Kalt**
- Bezirkshauptmannschaft Spittal an der Drau**  
Tiroler Straße 16, 9800 Spittal an der Drau  
**Bezirkshauptmann: Mag. Wilfried Koller**
- Bezirkshauptmannschaft Villach-Land**  
Meister-Friedrich-Straße 4, 9500 Villach  
**Bezirkshauptmann: Dr. Harald Kastner**
- Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt**  
Sponheimergasse 2–4, 9100 Völkermarkt  
**Bezirkshauptmann: Dr. August Muri**
- Bezirkshauptmannschaft Wolfsberg**  
Am Weiher 5/6, 9400 Wolfsberg  
**Bezirkshauptmann: DI Dr. Arthur Traussnig**

**Gemeinsam mit den zuständigen Organen der Städte mit eigenem Statut Klagenfurt und Villach (Bürgermeister – vgl. S 54) bilden die Bezirkshauptmannschaften die (zehn) Bezirksverwaltungsbehörden des Landes.**

Die Bezirkshauptmannschaften sind **monokratisch organisierte Landesbehörden**. **An der Spitze der Bezirkshauptmannschaft steht ein Landesbediensteter** als für die gesamte Geschäftsführung verantwortlicher Behördenleiter und entscheidendes Organ, **der Bezirkshauptmann**. Er ist gegenüber allen der Bezirkshauptmannschaft zugeteilten Bediensteten weisungsberechtigt. Der Bezirkshauptmann muß rechtskundig sein und wird von der Landesregierung bestellt. Der Bezirkshauptmann ist auch Geschäftsführer des Schulgemeindevverbandes (vgl. S 57), Geschäftsführer des Sozialhilfeverbandes (vgl. S 57), geschäftsführender Obmann der Verwaltungsgemeinschaft (vgl. S 60), Vorsitzender der Grundverkehrskommission (vgl. S 43 f) und Vorsitzender des Bezirksschulrates.

**Die Bezirkshauptmannschaften besorgen in erster Instanz alle Angelegenheiten der Landesverwaltung und der Bundesverwaltung, die nicht anderen Behörden oder Dienststellen zugewiesen sind** („subsidiäre Allzuständigkeit“). Die Bezirkshauptmannschaften gehören daher neben dem Landeshauptmann und der Landesregierung zu den

„**Behörden der allgemeinen staatlichen Verwaltung**“ (im Gegensatz zu den „Sonderverwaltungsbehörden“ des Landes – vgl. S 21f und 41 ff).

Über Berufungen gegen Bescheide des Bezirkshauptmannes in Angelegenheiten der Landesverwaltung entscheidet in zweiter und letzter Instanz die Landesregierung (als Kollegialorgan) oder das einzelne ressortzuständige Mitglied der Landesregierung (Referent). Über Berufungen gegen Bescheide des Bezirkshauptmannes in Angelegenheiten der Bundesverwaltung entscheidet der Landeshauptmann im Regelfall in zweiter und letzter Instanz. Nur wenn dies im Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist, entscheidet über Berufungen gegen (Berufungs-)Bescheide des Landeshauptmannes in dritter und letzter Instanz der zuständige Bundesminister. Über Berufungen gegen Strafbescheide des Bezirkshauptmannes entscheidet in zweiter und letzter Instanz der UVS (vgl. S 18 f).

Die Bezirkshauptmannschaften sind dem Landeshauptmann als Vorstand des Amtes der Landesregierung (vgl. S 13) organisatorisch unterstellt. Dieser ist daher in innerorganisatorischen Angelegenheiten („innerer Dienst“) weisungsberechtigt. In fachlicher Hinsicht ist in den Angelegenheiten der Landesverwaltung die Landesregierung (als Kollegialorgan) oder das einzelne ressortzuständige Mitglied der Landesregierung (Referent), in den Angelegenheiten der Bundesverwaltung der Landeshauptmann weisungsberechtigt.

Die Bezirkshauptmannschaften sind durch die vom Bezirkshauptmann erlassene **Geschäftseinteilung** in **maximal zehn Bereiche** (Organisation und Verwaltung, Gewerbe, Wasserrecht, Bau- und Umweltwesen, Verwaltungsstrafrecht, Paß- und Fremdenrecht, Soziales, Jugend und Familie, Gesundheitswesen, Land- und Forstwirtschaft, Sicherheit) gegliedert. Jeder dieser Bereiche wird von einem Bereichsleiter geleitet, der vom Landeshauptmann bestellt wird. Der Bereichsleiter ist gegenüber allen seinem Bereich zugeordneten Bediensteten weisungsberechtigt.

Den Geschäftsgang in den Bezirkshauptmannschaften regelt die vom Landesamtsdirektor erlassene **Kanzleiordnung** (Richtlinien für die Büroarbeit im Kärntner Landesdienst 1996, Zl. LAD-100/3/1995). Die Kanzleiordnung enthält insbesondere Bestimmungen über die Aufteilung der Geschäftsstücke, die Vorgangsweise bei der Sachbearbeitung, die Genehmigung und die Fertigung sowie über die Aufbewahrung und Vernichtung von Akten.

## Die Dienststelle für Landesabgaben

### Rechtsgrundlagen:

- Kundmachung betreffend die Schaffung eines Landes-Abgabenamtes, LGBL. Nr. 78/1919;
- Kundmachung betreffend die rechtliche Stellung des Landes-Abgabenamtes, LGBL. Nr. 48/1925;
- Landesabgabenordnung 1991 – LAO, LGBL. Nr. 128/1991, zuletzt idF LGBL. Nr. 54/2000: § 50;
- Gesetz über eine Landes-Vergnügungssteuer – K-LVSTG, LGBL. Nr. 70/1997: § 5 Abs. 3 und 4;
- Kärntner Motorbootabgabegesetz 1992 – K-MBAG, LGBL. Nr. 10/1993, zuletzt idF LGBL. Nr. 5/2001: § 8;
- Jagdabgabengesetz – K-JAG, LGBL. Nr. 53/1971, zuletzt idF LGBL. Nr. 6/2001: § 7.

---

Die Dienststelle für Landesabgaben ist zwar beim Amt der Landesregierung (vgl. S 11 ff) eingerichtet; sie ist aber keine Abteilung des Amtes der Landesregierung, sondern eine selbständige (dem Amt der Landesregierung unterstellte) **Verwaltungsbehörde** („Sonderverwaltungsbehörde“) des Landes.

Soweit Sondervorschriften nicht anderes bestimmen, ist die Dienststelle für Landesabgaben in **Angelegenheiten der Landesabgaben** (Jagdabgabe, Motorbootabgabe, Landes-Vergnügungssteuer) **zuständige (Abgaben-)Behörde erster Instanz. Zuständige (Abgaben-)Behörde zweiter (und letzter) Instanz (Berufungsbehörde) ist die Landesregierung.**

**Leiter:** Dr. Nikolaus Jeglitsch

**Sitz:** Bahnhofstraße 51, 9020 Klagenfurt

## Die Agrarbezirksbehörden (ABB)

### Rechtsgrundlagen:

- Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 12 Abs. 2;
- Übergangsgesetz 1920 – ÜG 1920**, BGBl. Nr. 368/1925, zuletzt idF BGBl. I Nr. 194/1999: § 8 Abs. 1 und 4;
- Agrarbehördengesetz 1950**, BGBl. Nr. 1/1951, zuletzt idF BGBl. I Nr. 191/1999: Art. I und II;
- Gesetz betreffend die Einrichtung der Agrarbehörden**, LGBl. Nr. 13/1950.

---

### In Kärnten sind zwei Agrarbezirksbehörden eingerichtet:

- Agrarbezirksbehörde Klagenfurt** (ABB Klagenfurt mit dem Sitz in 9020 Klagenfurt, Bahnhofstraße 5)
- Agrarbezirksbehörde Villach** (ABB Villach mit dem Sitz in 9500 Villach, Meister-Friedrich-Straße 4)

Der **Sprengel der ABB Klagenfurt** umfaßt die politischen Bezirke Feldkirchen, Klagenfurt-Land, St. Veit an der Glan, Völkermarkt und Wolfsberg sowie die Landeshauptstadt Klagenfurt.

Der **Sprengel der ABB Villach** umfaßt die politischen Bezirke Hermagor, Spittal an der Drau und Villach-Land sowie die Stadt Villach.

Die ABB sind **monokratisch organisiert**; sie bestehen aus einem rechtskundigen Landesbeamten als Amtsvorstand (Behördenleiter) und den erforderlichen rechtskundigen, agrartechnischen und sonstigen Bediensteten. Die agrartechnische Abteilung steht unter der Leitung des technischen Leiters, eines Absolventen der Universität für Bodenkultur. Der Amtsvorstand und der technische Leiter der ABB werden von der Landesregierung bestellt.

**Die Agrarbezirksbehörden entscheiden in erster Instanz in Angelegenheiten der Bodenreform. Zuständige Behörde zweiter Instanz (Berufungsbehörde) ist der beim Amt der Landesregierung eingerichtete Landesagrarsenat (LAS – vgl. S 22).** Entscheidet der LAS in zweiter und letzter Instanz, so ist gegen den (Berufungs-)Bescheid des LAS die Beschwerde an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verfassungsgerichtshof und Verwaltungsgerichtshof) zulässig. In bestimmten Fällen entscheidet über Berufungen gegen Bescheide des LAS in oberster (dritter und letzter) Instanz eine Bundesbehörde, der beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft in Wien eingerichtete Oberste Agrarsenat (OAS). Gegen letztinstanzliche Entscheidungen (Berufungsbescheide) des OAS ist Beschwerde an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof) zulässig.

Den Geschäftsgang in den Agrarbezirksbehörden regelt die vom Landesamtsdirektor erlassene **Kanzleiordnung** (Richtlinien für die Büroarbeit im Kärntner Landesdienst 1996, Zl. LAD-100/3/1995).

Die Agrarbezirksbehörden sind im Gegensatz zum Landesagrarsenat (LAS) **nicht weisungsfrei**.

**Die Agrarbezirksbehörden Klagenfurt und Villach bilden zusammen mit dem Landesagrarsenat beim Amt der Landesregierung (LAS – vgl. S 22) die Agrarbehörden des Landes** („Sonderverwaltungsbehörden“).



## Die (Bezirks-)Grundverkehrskommissionen

### Rechtsgrundlagen:

- Kärntner Grundverkehrsgesetz 1994 – K-GVG**, LGBl. Nr. 104/1994, zuletzt idF LGBl. Nr. 45/2000: §§ 15 und 16.
- Verordnung der Landesregierung, mit der im politischen Bezirk Spittal an der Drau eine zweite Grundverkehrskommission errichtet wird**, LGBl. Nr. 62/1997.

---

### In Kärnten sind elf Grundverkehrskommissionen eingerichtet:

Bei jeder Bezirksverwaltungsbehörde (Bezirkshauptmannschaften und Städte mit eigenem Statut – vgl. S 36 ff) ist eine Grundverkehrskommission eingerichtet, deren **Sprenge**l den politischen Bezirk bzw. das Gebiet der Stadt mit eigenem Statut umfaßt.

Wegen der besonderen Ausdehnung des politischen Bezirkes Spittal an der Drau wurde mit Verordnung der Landesregierung **bei der Bezirkshauptmannschaft Spittal an der Drau eine zweite** Grundverkehrsbehörde eingerichtet, deren **Sprenge**l die Gemeinden Berg im Drautal, Dellach im Drautal, Flattach, Greifenburg, Großkirchheim, Heiligenblut, Irschen, Mallnitz, Mörttschach, Mühldorf, Oberdrauburg, Obervellach, Rangsdorf, Reißeck, Stall, Steinfeld, Weißensee und Winklern umfaßt.

### **Die Grundverkehrskommissionen sind Kollegialbehörden; sie bestehen aus fünf Mitgliedern:**

- einem von der Landesregierung zu ernennenden rechtskundigen Vorsitzenden (bei den Bezirkshauptmannschaften ein rechtskundiger Landesbediensteter, im Regelfall der jeweilige Bezirkshauptmann, bei den Städten mit eigenem Statut ein rechtskundiger Bediensteter der Stadt),
- einer von der Landesregierung zu bestellenden fachkundigen Person aus der Landwirtschaft,
- einer von der Landesregierung zu bestellenden fachkundigen Person aus der Forstwirtschaft,
- einer von der Landwirtschaftskammer zu bestellenden fachkundigen Person aus der Landwirtschaft und
- einem Vertreter jener Gemeinde, in der das Grundstück oder dessen größerer Teil gelegen ist.

Die Bestellung der Mitglieder der Grundverkehrskommissionen erfolgt für die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates.

Die Geschäfte der Grundverkehrskommissionen werden von der Bezirksverwaltungsbehörde (Bezirkshauptmannschaft/Magistrat der Stadt mit eigenem Statut) geführt, in deren Bereich sie errichtet sind.

**Über Berufungen gegen Bescheide der Grundverkehrskommissionen entscheidet in zweiter und letzter Instanz die beim Amt der Landesregierung eingerichtete Grundverkehrslandeskommission** (vgl. S 21). Gegen Berufungsbescheide der Grundverkehrslandeskommission ist nur die Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof, nicht jedoch an den Verwaltungsgerichtshof zulässig (weil die Anrufung des Verwaltungsgerichtshofes im Kärntner Grundverkehrsgesetz 1994 nicht vorgesehen ist).

Die Grundverkehrskommissionen sind im Gegensatz zur Grundverkehrslandeskommission **nicht weisungsfrei**.

**Die (Bezirks-)Grundverkehrskommissionen bilden zusammen mit der Grundverkehrslandeskommission** (vgl. S 21) die **Grundverkehrsbehörden des Landes** für den land- und forstwirtschaftlichen Grundverkehr („Sonderverwaltungsbehörden“).

Die  
Organisation  
der  
Gemeindeverwaltung

## Die Gemeinden

### Rechtsgrundlagen:

- ❑ **Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 115 bis 120;
- ❑ **Bundesgesetz betreffend die Aufsicht des Bundes über die Gemeinden (Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz)**, BGBl. Nr. 123/1967;
- ❑ **Kärntner Landesverfassung – K-LVG**, LGBL. Nr. 85/1996, idF LGBL. Nr. 52/1997: Art. 3 und 4;
- ❑ **Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung – K-AGO**, LGBL. Nr. 66/1998;
- ❑ **Klagenfurter Stadtrecht 1998 – K-KStR 1998**, LGBL. Nr. 70/1998;
- ❑ **Villacher Stadtrecht 1998 – K-VStR 1998**, LGBL. Nr. 69/1998;
- ❑ **Kärntner Gemeindehaushaltsordnung – K-GHO**, LGBL. Nr. 2/1999, zuletzt idF LGBL. Nr. 13/2000;
- ❑ **Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlordnung – K-GBWO**, LGBL. Nr. 9/1991, zuletzt idF LGBL. Nr. 2/2001;
- ❑ **Kundmachung der Landesregierung über die Gemeindevolksbefragung**, LGBL. Nr. 105/1998.

---

Das gesamte Staatsgebiet Österreichs ist – lückenlos – in Gemeinden gegliedert; **es gibt kein gemeindefreies Gebiet, jedes Grundstück muß zu einer Gemeinde gehören.**

**Die Gemeinden sind** – ebenso wie der Bund und das Land Kärnten (nicht aber die Gemeindeverbände – vgl. S 56 ff) – **Gebietskörperschaften**. Unter einer „Gebietskörperschaft“ versteht man eine juristische Person des öffentlichen Rechts, die alle Personen erfaßt, die in einer örtlichen Beziehung (Aufenthalt, Wohnsitz, Sitz) zu einem bestimmten Gebiet (Bundesgebiet, Landesgebiet, Gemeindegebiet) stehen.

**Das Land Kärnten gliedert sich in 132 Gemeinden;** in alphabetischer Reihenfolge sind dies (die dem Namen der Gemeinde in Klammern nachgestellte Zahl markiert die Lage der jeweiligen Gemeinde auf der Übersichtskarte auf S 51):

### **A Afritz am See (1)**

Albeck (2)

Althofen (Stadtgemeinde) (3)

Arnoldstein (Marktgemeinde) (4)

Arriach (5)

### **B Bad Bleiberg (Marktgemeinde) (6)**

Bad Kleinkirchheim (7)

Bad St. Leonhard im Lavanttal (Stadtgemeinde) (8)

Baldramsdorf (9)

Berg im Drautal (10)

Bleiburg (Stadtgemeinde) (11)

Brückl (Marktgemeinde) (12)

- D** **Dellach** (13)
  - Dellach im Drautal** (14)
  - Deutsch-Griffen** (15)
  - Diex** (16)
  
- E** **Ebenthal in Kärnten** (Marktgemeinde) (17)
  - Eberndorf** (Marktgemeinde) (18)
  - Eberstein** (Marktgemeinde) (19)
  - Eisenkappel-Vellach** (Marktgemeinde) (20)
  
- F** **Feistritz an der Gail** (21)
  - Feistritz im Rosental** (Marktgemeinde) (22)
  - Feistritz ob Bleiburg** (23)
  - Feld am See** (24)
  - Feldkirchen in Kärnten** (Stadtgemeinde) (25)
  - Ferlach** (Stadtgemeinde) (26)
  - Ferndorf** (27)
  - Finkenstein am Faaker See** (Marktgemeinde) (28)
  - Flattach** (29)
  - Frantschach-St. Gertraud** (30)
  - Frauenstein** (31)
  - Fresach** (32)
  - Friesach** (Stadtgemeinde) (33)
  
- G** **Gallizien** (34)
  - Gitschtal** (35)
  - Glanegg** (36)
  - Globasnitz** (37)
  - Glödnitz** (38)
  - Gmünd in Kärnten** (Stadtgemeinde) (39)
  - Gnesau** (40)
  - Grafenstein** (Marktgemeinde) (41)
  - Greifenburg** (Marktgemeinde) (42)
  - Griffen** (Marktgemeinde) (43)
  - Großkirchheim** (44)
  - Gurk** (Marktgemeinde) (45)
  - Guttaring** (Marktgemeinde) (46)
  
- H** **Heiligenblut** (47)
  - Hermagor-Pressegger See** (Stadtgemeinde) (48)
  - Himmelberg** (49)
  - Hohenthurn** (50)
  - Hüttenberg** (Marktgemeinde) (51)

**I** Irschen (52)

**K** Kappel am Krappfeld (53)

Keutschach am See (54)

Kirchbach (Marktgemeinde) (55)

Klagenfurt (Stadt mit eigenem Statut, Landeshauptstadt) (56)

Kleblach-Lind (57)

Klein St. Paul (Marktgemeinde) (58)

Kötschach-Mauthen (Marktgemeinde) (59)

Köttmannsdorf (60)

Krems in Kärnten (61)

Krumpendorf am Wörther See (62)

**L** Lavamünd (Marktgemeinde) (63)

Lendorf (64)

Lesachtal (65)

Liebenfels (66)

Ludmannsdorf (67)

Lurnfeld (Marktgemeinde) (68)

**M** Magdalensberg (69)

Mallnitz (70)

Malta (71)

Maria Rain (72)

Maria Saal (Marktgemeinde) (73)

Maria Wörth (74)

Metnitz (Marktgemeinde) (75)

Micheldorf (76)

Millstatt (Marktgemeinde) (77)

Mölbling (78)

Moosburg (Marktgemeinde) (79)

Mörtschach (80)

Mühldorf (81)

**N** Neuhaus (82)

Nötsch im Gailtal (Marktgemeinde) (83)

**O** Oberdrauburg (Marktgemeinde) (84)

Obervellach (Marktgemeinde) (85)

Ossiach (86)

**P** Paternion (Marktgemeinde) (87)

Poggersdorf (88)

Pörtschach am Wörther See (89)

Preitenegg (90)

- R** **Radenthein** (Stadtgemeinde) (91)  
**Rangersdorf** (92)  
**Reichenau** (93)  
**Reichenfels** (Marktgemeinde) (94)  
**Reißeck** (95)  
**Rennweg am Katschberg** (96)  
**Rosegg** (Marktgemeinde) (97)  
**Ruden** (98)
- S** **Sachsenburg** (Marktgemeinde) (99)  
**Schiefling am See** (100)  
**Seeboden** (Marktgemeinde) (101)  
**Sittersdorf** (102)  
**Spittal an der Drau** (Stadtgemeinde) (103)  
**St. Andrä** (Stadtgemeinde) (104)  
**St. Georgen am Längsee** (105)  
**St. Georgen im Lavanttal** (106)  
**St. Jakob im Rosental** (Marktgemeinde) (107)  
**St. Kanzian am Klopeiner See** (108)  
**St. Margareten im Rosental** (109)  
**St. Paul im Lavanttal** (Marktgemeinde) (110)  
**St. Stefan im Gailtal** (111)  
**St. Urban** (112)  
**St. Veit an der Glan** (Stadtgemeinde) (113)  
**Stall** (114)  
**Steindorf am Ossiacher See** (115)  
**Steinfeld** (Marktgemeinde) (116)  
**Steuerberg** (117)  
**Stockenboi** (118)  
**Straßburg** (Stadtgemeinde) (119)
- T** **Techelsberg am Wörther See** (120)  
**Trebesing** (121)  
**Treffen** (Marktgemeinde) (122)
- V** **Velden am Wörther See** (Marktgemeinde) (123)  
**Villach** (Stadt mit eigenem Statut) (124)  
**Völkermarkt** (Stadtgemeinde) (125)
- W** **Weißensee** (126)  
**Weißenstein** (127)  
**Weitensfeld im Gurktal** (Marktgemeinde) (128)  
**Wernberg** (129)  
**Winklern** (Marktgemeinde) (130)  
**Wolfsberg** (Stadtgemeinde) (131)
- Z** **Zell** (132)





## Organe der Gemeinden sind:

### Der Gemeinderat:

Der Gemeinderat wird von den wahlberechtigten österreichischen Staatsbürgern und Unionsbürgern (ds. Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der EU) mit Hauptwohnsitz in der Gemeinde für eine Funktionsperiode von sechs Jahren gewählt.

Je nach Einwohnerzahl der Gemeinde hat der Gemeinderat zwischen 11 und 35 Mitglieder. Das **Kollegialorgan** Gemeinderat ist **das oberste** (Leistungs- und Kontroll-) **Organ der Gemeinde in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs**; ihm sind alle anderen Gemeindeorgane (insbesondere der Bürgermeister und der Gemeindevorstand) für die Erfüllung ihrer Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich verantwortlich und weisungsgebunden.

Der Gemeinderat wird auch als „Gemeindeparlament“ bezeichnet, was jedoch irreführend ist, weil er kein Gesetzgebungsorgan, sondern ein Verwaltungsorgan ist. Die generellen Normen, die der Gemeinderat beschließt, sind daher auch keine Gesetze, sondern Verordnungen.

### Der Gemeindevorstand:

Der Gemeindevorstand führt in Stadtgemeinden (vgl. S 55) die Bezeichnung „**Stadtrat**“, in Städten mit eigenem Statut (vgl. S 54) die Bezeichnung „**Stadtsenat**“.

Das **Kollegialorgan** Gemeindevorstand besteht aus dem Bürgermeister und zwei Vizebürgermeistern, in Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern auch aus weiteren Mitgliedern. Je nach Einwohnerzahl der Gemeinde hat der Gemeindevorstand zwischen vier und neun Mitglieder.

Der Gemeindevorstand entscheidet in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde über Berufungen gegen Bescheide des Bürgermeisters in zweiter und letzter Instanz. Gegen Berufungsbescheide des Gemeindevorstandes ist die Vorstellung an die Aufsichtsbehörde (Landesregierung oder Landeshauptmann) zulässig.

Der Gemeindevorstand wird – mit Ausnahme des direkt gewählten Bürgermeisters – **vom Gemeinderat** nach dem Proportionalitätsprinzip **gewählt**; die im Gemeinderat vertretenen Parteien haben daher nach Maßgabe ihrer Stärke auch Anspruch auf Vertretung im Gemeindevorstand.

Der Gemeindevorstand wird auch als „Gemeinderegierung“ bezeichnet.

### Der Bürgermeister:

Der Bürgermeister wird – anders als die übrigen Mitglieder des Gemeindevorstandes – nicht vom Gemeinderat, sondern von den zur Wahl des Gemeinderates Berechtigten **direkt gewählt**. Nur wenn das Amt des Bürgermeisters vorzeitig endet und innerhalb von sechs Monaten nach diesem vorzeitigen Enden des Amtes allgemeine Gemeinderatswahlen stattfinden, ist die Nachwahl vom Gemeinderat aus seiner Mitte durchzuführen.

Das **monokratische Organ** Bürgermeister vertritt die Gemeinde, entscheidet als erste Instanz in behördlichen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches, führt die Beschlüsse des Gemeinderates und Gemeindevorstandes durch und besorgt die gesamte Gemeindeverwaltung im übertragenen Wirkungsbereich unter der Leitung und nach den Weisungen der staatlichen Organe (Landeshauptmann und Landesregierung).

Über Berufungen gegen Bescheide des Bürgermeisters in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde entscheidet als zweite und letzte Instanz der Gemeindevorstand. Gegen Berufungsbescheide des Gemeindevorstandes ist die Vorstellung an die Aufsichtsbehörde (Landesregierung oder Landeshauptmann) zulässig. Über Berufungen gegen Bescheide des Bürgermeisters in den Angelegenheiten des vom Land übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde entscheidet die Landesregierung als zweite und letzte Instanz. Über Berufungen gegen Bescheide des Bürgermeisters in den Angelegenheiten des vom Bund übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde entscheidet der Landeshauptmann als zweite und in der Regel letzte Instanz. Nur wenn dies im Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist, entscheidet über Berufungen gegen (Berufungs-)Bescheide des Landeshauptmannes in dritter und letzter Instanz der zuständige Bundesminister.

**Die Geschäfte der Gemeinden werden durch das Gemeindeamt (in Stadtgemeinden: Stadtamt), jene der Städte mit eigenem Statut durch den Magistrat besorgt.** Das Gemeindeamt (das Stadtamt, der Magistrat) ist **keine Behörde**, sondern steht den Organen der Gemeinde (Stadtgemeinde, Statutarstadt) als **Hilfsorgan/Geschäftsstelle** zur Verfügung. Vorstand des Gemeindeamtes (Stadtamtes, Magistrates) ist der **Bürgermeister**. Unter der unmittelbaren Aufsicht des Bürgermeisters obliegt die **Leitung des inneren Dienstes** des Gemeindeamtes (Stadtamtes, Magistrates) dem **Amtsleiter (Stadtamtsleiter, Magistratsdirektor)**. Der Magistratsdirektor und der Amtsleiter von Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern müssen rechtskundig sein.

**Die Gemeinde besorgt ihre Aufgaben entweder im eigenen Wirkungsbereich** (als Selbstverwaltungskörper) **oder im** (vom Bund oder vom Land) **übertragenen Wirkungsbereich** (als Verwaltungssprengel der Bundes- und Landesverwaltung).

**Im eigenen Wirkungsbereich handeln die Gemeindeorgane weisungsfrei** (in eigener Verantwortung und relativer Unabhängigkeit von den Organen des Bundes und des Landes), **allerdings unter aufsichtsbehördlicher Kontrolle, die die Gesetzmäßigkeit des Verwaltungshandelns der Gemeinde** (vgl. S 63) **sicherstellen soll. Ein Instanzenzug an außerhalb der Gemeinde stehende Verwaltungsorgane ist ausgeschlossen.** Gegen letztinstanzliche Bescheide der Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich ist aber die Vorstellung an die Aufsichtsbehörde (Landesregierung oder Landeshauptmann) zulässig.

**Im übertragenen Wirkungsbereich handeln die Gemeindeorgane unter der Leitung und nach den Weisungen der zuständigen Organe des Bundes und des Landes, die auch im Instanzenzug über Berufungen gegen Bescheide des Bürgermeisters entscheiden.**

**In den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde fallen beispielsweise folgende Angelegenheiten:**

- Die gesamte Privatwirtschaftsverwaltung der Gemeinde (insbesondere der Betrieb von Unternehmen und der Abschluß zivilrechtlicher Verträge),
- die Bestellung der Gemeindeorgane,
- die Bestellung der Gemeindebediensteten und die Ausübung der Diensthoheit,
- die örtliche Sicherheitspolizei (zB die Wahrung des öffentlichen Anstandes und die Abwehr ungebührlicherweise hervorgerufenen störenden Lärms),
- die örtliche Veranstaltungspolizei (zB die Untersagung von verbotenen Veranstaltungen),
- die örtliche Straßenpolizei (zB die Verordnung von Fußgängerzonen),
- die örtliche Marktpolizei (zB die Erlassung einer Marktordnung),
- die örtliche Gesundheitspolizei, insbesondere auf dem Gebiet des Hilfs- und Rettungswesens sowie des Leichen- und Bestattungswesens (zB die Totenbeschau),
- die örtliche Baupolizei (zB die Erteilung von Baubewilligungen),
- die örtliche Feuerpolizei (zB die Durchführung der Feuerbeschau),
- die örtliche Raumplanung (zB die Erlassung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes),
- die Sittlichkeitspolizei (zB die Erteilung einer Bordellbewilligung),
- die Verwaltung der Verkehrsflächen der Gemeinde.

**In den übertragenen Wirkungsbereich der Gemeinde fallen beispielsweise folgende Angelegenheiten:**

- die Führung der Personenstandsbücher (Geburtenbuch, Ehebuch, Sterbebuch),
- die Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen,
- die Führung der Staatsbürgerschaftsevidenz,
- die Führung der Wählerevidenz,
- das polizeiliche Meldewesen, soweit nicht Bundespolizeidirektionen (in Klagenfurt und Villach) hiefür zuständig sind.

Grundsätzlich haben alle Gemeinden – unabhängig von ihrer Größe, Finanzkraft etc. – die gleiche rechtliche Stellung, insbesondere den gleichen Wirkungsbereich. Eine Ausnahme besteht allerdings für **Städte mit eigenem Statut (Statutarstädte)**. In Kärnten sind dies die **Landeshauptstadt Klagenfurt** und die **Stadt Villach**. Ihnen wurde durch Landesgesetz ein eigenes Statut (Stadtrecht) und damit eine rechtliche Sonderstellung verliehen. Sie unterscheiden sich von den übrigen Gemeinden vor allem dadurch, daß sie **neben den Aufgaben der Gemeindeverwaltung auch die Aufgaben der Bezirksverwaltung** (die sonst von den Bezirkshauptmannschaften wahrgenommen werden – vgl. S 36 ff) **zu besorgen** haben. Die Führung der Geschäfte der Bezirksverwaltung erfolgt im **übertragenen Wirkungsbereich** der Statutarstadt; die Bürgermeister von Klagenfurt und Villach haben daher auch die Aufgaben von Bezirkshauptmännern wahrzunehmen.

Einer Gemeinde kann zwar mit Landesgesetz die **Bezeichnung „Stadtgemeinde“ oder „Marktgemeinde“** verliehen werden (in „Stadtgemeinden“ führt der Gemeindevorstand die Bezeichnung „Stadtrat“ und das Gemeindeamt die Bezeichnung „Stadtamt“). Die Verleihung dieses „Titels“ ist aber rechtlich ohne Bedeutung; mit der „Erhebung“ einer Gemeinde zur Marktgemeinde oder Stadtgemeinde ist weder eine Veränderung ihrer Rechte und Pflichten noch ihres Wirkungsbereiches verbunden.

Den Titel „Stadtgemeinde“ führen folgende Gemeinden:

Althofen (3), Bad St. Leonhard im Lavanttal (8), Bleiburg (11), Feldkirchen in Kärnten (25), Ferlach (26), Friesach (33), Gmünd in Kärnten (39), Hermagor-Pressegger See (48), Radenthein (91), Spittal an der Drau (103), St. Andrä (104), St. Veit an der Glan (113), Straßburg (119), Völkermarkt (125) und Wolfsberg (131).

Den Titel „Marktgemeinde“ führen folgende Gemeinden:

Arnoldstein (4), Bad Bleiberg (6), Brückl (12), Ebenthal in Kärnten (17), Eberndorf (18), Eberstein (19), Eisenkappel-Vellach (20), Feistritz im Rosental (22), Finkenstein am Faaker See (28), Grafenstein (41), Greifenburg (42), Griffen (43), Gurk (45), Gut-taring (46), Hüttenberg (51), Kirchbach (55), Klein St. Paul (58), Kötschach-Mauthen (59), Lavamünd (63), Lurnfeld (68), Maria Saal (73), Metnitz (75), Millstatt (77), Moos-burg (79), Nötsch im Gailtal (83), Oberdrauburg (84), Obervellach (85), Paternion (87), Reichenfels (94), Rosegg (97), Sachsenburg (99), Seeboden (101), St. Jakob im Rosen-tal (107), St. Paul im Lavanttal (110), Steinfeld (116), Treffen (122), Velden am Wör-ther See (123), Weitensfeld im Gurktal (128) und Winklern (130).

Zur **Vertretung der Interessen der Gemeinden** sind – bundesweit – der **Österreichische Gemeindebund** und der **Österreichische Städtebund** (für Stadtgemeinden und Statutarstädte) eingerichtet. Beide Organisationen sind **Vereine**. Der Österreichische Städ-tebund ist bundeseinheitlich organisiert, in den einzelnen Bundesländern bestehen unselbständige Landesgruppen (in Kärnten: **Österreichischer Städtebund – Landes-gruppe Kärnten**, Rathaus, 9500 Villach). Der Österreichische Gemeindebund ist ein Dachverband, dessen Mitglieder nicht die einzelnen Gemeinden, sondern die selbstän-dig als Vereine organisierten Landes-Gemeindebünde sind (in Kärnten: **Kärntner Gemeindebund**, Alter Platz 28, 9020 Klagenfurt).

## Die Gemeindeverbände

### Rechtsgrundlagen:

- Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 116a;
- Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung – K-AGO**, LGBl. Nr. 66/1998: §§ 83 bis 85 (17. Abschnitt);
- Kärntner Schulgesetz – K-SchG**, LGBl. Nr. 58/2000: §§ 5 bis 10 (2. Abschnitt);
- Kärntner Sozialhilfegesetz 1996**, LGBl. Nr. 30/1996, idF LGBl. Nr. 52/1997: §§ 58 bis 66 (10. Abschnitt);
- Kärntner Abfallwirtschaftsordnung – K-AWO**, LGBl. Nr. 34/1994, zuletzt idF LGBl. Nr. 14/1999: §§ 67 bis 82;
- Verordnung der Landesregierung, mit der die Abfallwirtschaftsverbände gebildet werden**, LGBl. Nr. 37/1998;
- Verordnung der Landesregierung über die Organisation von Gemeindeverbänden nach Bundesrecht (Bundes-Gemeindeverbandsorganisationsvorschriften)**, LGBl. Nr. 7/1988;
- Verordnung der Landesregierung, womit die Vereinbarung über die Bildung des Touristikverbandes Faaker See genehmigt wird**, LGBl. Nr. 62/1990;
- Verordnung der Landesregierung, mit der die Vereinbarung der Gemeinden des politischen Bezirkes Hermagor über die Bildung eines Gemeindeverbandes „Karnische Region“ genehmigt wird**, LGBl. Nr. 57/2000.

---

### Gemeindeverbände sind Zusammenschlüsse von zwei oder mehreren Gemeinden mit Rechtspersönlichkeit zur Besorgung einzelner Aufgaben des eigenen oder übertragenen Wirkungsbereiches der Mitgliedsgemeinden.

Gemeindeverbände sind von den Mitgliedsgemeinden verschiedene **Rechtsträger (juristische Personen des öffentlichen Rechts)**, die einzelne Aufgaben der verbandsangehörigen Gemeinden an deren Stelle, im eigenen Namen und in eigener Verantwortung besorgen. **Auch die Städte mit eigenem Statut Klagenfurt und Villach können in Gemeindeverbände einbezogen werden.** Zwischen Gemeindeverbänden und verbandsangehörigen Gemeinden besteht kein Verhältnis der Über- oder Unterordnung.

### Gemeindeverbände können auf drei Arten gebildet werden:

- durch** (Bundes- oder Landes-)Gesetz,
- durch einen Akt der** (Bundes- oder Landes-)Vollziehung (Verordnung) **oder**
- durch Vereinbarung** (öffentlich-rechtlichen Vertrag) **der beteiligten Gemeinden.** „Freiwillige“ Gemeindeverbände können nur zur Besorgung einzelner Aufgaben des eigenen, nicht jedoch des übertragenen Wirkungsbereiches der Mitgliedsgemeinden gebildet werden; die Vereinbarung bedarf der Genehmigung der Landesregierung durch Verordnung.

**Durch den Landesgesetzgeber wurden in Kärnten zwei Arten von Gemeindeverbänden gebildet:**

□ **Die Schulgemeindeverbände:**

Rechtsgrundlage: Kärntner Schulgesetz – K-SchG, LGBl. Nr. 58/2000: §§ 5 bis 10 (2. Abschnitt).

Es bestehen **acht** Schulgemeindeverbände:

Die Gemeinden jedes politischen Bezirkes (vgl. S 36 ff) bilden je einen Schulgemeindeverband; die Städte mit eigenem Statut Klagenfurt und Villach sind ausgenommen.

Der Schulgemeindeverband hat seinen **Sitz** bei der jeweiligen **Bezirkshauptmannschaft** (Geschäftsstelle). **Geschäftsführer** des Schulgemeindeverbandes ist der jeweilige **Bezirkshauptmann**.

Die Schulgemeindeverbände sind die gesetzlichen Schulerhalter der Hauptschulen und der Polytechnischen Schulen.

□ **Die Sozialhilfeverbände:**

Rechtsgrundlage: Kärntner Sozialhilfegesetz 1996, LGBl. Nr. 30/1996, idF LGBl. Nr. 52/1997: §§ 58 bis 66 (10. Abschnitt).

Es bestehen **acht** Sozialhilfeverbände:

Die Gemeinden jedes politischen Bezirkes (vgl. S 36 ff) bilden je einen Sozialhilfeverband; die Städte mit eigenem Statut Klagenfurt und Villach sind ausgenommen.

Der Sozialhilfeverband hat seinen **Sitz** bei der jeweiligen **Bezirkshauptmannschaft** (Geschäftsstelle). **Geschäftsführer** des Sozialhilfeverbandes ist der jeweilige **Bezirkshauptmann**.

**Durch Verordnung der Landesregierung wurden in Kärnten gebildet:**

□ **Die Abfallwirtschaftsverbände:**

Rechtsgrundlagen: Kärntner Abfallwirtschaftsordnung – K-AWO, LGBl. Nr. 34/1994, zuletzt idF LGBl. Nr. 14/1999: §§ 67 bis 82; Verordnung der Landesregierung, mit der die Abfallwirtschaftsverbände gebildet werden, LGBl. Nr. 37/1998.

Es bestehen **sechs** Abfallwirtschaftsverbände:

- **Abfallwirtschaftsverband Westkärnten** mit dem Sitz in der Marktgemeinde Oberdrauburg

Mitgliedsgemeinden: Berg im Drautal, Dellach, Dellach im Drautal, Gitschtal, Greifenburg, Großkirchheim, Heiligenblut, Hermagor-Pressegger See, Irschen, Kirchbach, Kötschach-Mauthen, Lesachtal, Mörttschach, Oberdrauburg, Rangsdorf, Stall, Steinfeld, Weißensee, Winklern.

- **Abfallwirtschaftsverband Klagenfurt** mit dem Sitz in der Landeshauptstadt Klagenfurt  
Mitgliedsgemeinden: Ebenthal in Kärnten, Feistritz im Rosental, Ferlach, Grafenstein, Keutschach am See, Klagenfurt, Köttmannsdorf, Krumpendorf am Wörther See, Ludmannsdorf, Magdalensberg, Maria Rain, Maria Saal, Maria Wörth, Moosburg, Pörtschach am Wörther See, Poggersdorf, Schieffing am See, St. Margareten im Rosental, Techelsberg am Wörther See, Zell.
- **Abfallwirtschaftsverband Spittal an der Drau** mit dem Sitz in der Stadtgemeinde Spittal an der Drau  
Mitgliedsgemeinden: Afritz am See, Bad Kleinkirchheim, Baldramsdorf, Feld am See, Ferndorf, Flattach, Fresach, Gmünd in Kärnten, Kleblach-Lind, Krems in Kärnten, Lendorf, Lurnfeld, Mallnitz, Malta, Millstatt, Mühldorf, Obervellach, Radenthein, Reißeck, Rennweg am Katschberg, Sachsenburg, Seeboden, Spittal an der Drau, Stockenboi, Trebesing.
- **Abfallwirtschaftsverband Villach** mit dem Sitz in der Stadt Villach  
Mitgliedsgemeinden: Albeck, Arnoldstein, Arriach, Bad Bleiberg, Feldkirchen in Kärnten, Feistritz an der Gail, Finkenstein am Faaker See, Glanegg, Gnesau, Himmelberg, Hohenthurn, Nötsch im Gailtal, Ossiach, Paternion, Reichenau, Rosegg, St. Jakob im Rosental, St. Stefan im Gailtal, St. Urban, Steindorf am Ossiacher See, Steuerberg, Treffen, Velden am Wörther See, Villach, Weißenstein, Wernberg.
- **Abfallwirtschaftsverband Völkermarkt – St. Veit an der Glan** mit dem Sitz in der Stadtgemeinde Völkermarkt  
Mitgliedsgemeinden: Althofen, Bleiburg, Brückl, Deutsch-Griffen, Diex, Eberndorf, Eberstein, Eisenkappel-Vellach, Feistritz ob Bleiburg, Frauenstein, Friesach, Gallizien, Globasnitz, Glödnitz, Griffen, Gurk, Guttaring, Hüttenberg, Kappel am Krappfeld, Klein St. Paul, Liebenfels, Metnitz, Micheldorf, Mölbling, Ruden, Sittersdorf, St. Georgen am Längsee, St. Kanzian am Klopeiner See, St. Veit an der Glan, Straßburg, Völkermarkt, Weitensfeld im Gurktal.
- **Abfallwirtschaftsverband Wolfsberg** mit dem Sitz in der Marktgemeinde Lavamünd  
Mitgliedsgemeinden: Bad St. Leonhard im Lavanttal, Frantschach-St. Gertraud, Lavamünd, Neuhaus, Preitenegg, Reichenfels, St. Andrä, St. Georgen im Lavanttal, St. Paul im Lavanttal, Wolfsberg.

**Durch Vereinbarung der Mitgliedsgemeinden wurden in Kärnten zwei „freiwillige“ Gemeindeverbände gebildet:**

**Der „Touristikverband Faaker See“:**

Rechtsgrundlage: Verordnung der Landesregierung, womit die Vereinbarung über die Bildung des Touristikverbandes Faaker See genehmigt wird, LGBl. Nr. 62/1990.

Der „Touristikverband Faaker See“ besteht aus der **Stadt Villach** und der **Marktgemeinde Finkenstein**. Er hat seinen Sitz in 9580 Drobollach am Faaker See, Seeblickstraße 78.

□ **Der „Gemeindeverband Karnische Region“:**

Rechtsgrundlage: Verordnung der Landesregierung, mit der die Vereinbarung der Gemeinden des politischen Bezirkes Hermagor über die Bildung eines Gemeindeverbandes „Karnische Region“ genehmigt wird, LGBl. Nr. 57/2000.

Der „Gemeindeverband Karnische Region“ besteht aus allen **Gemeinden des politischen Bezirkes Hermagor** (Dellach, Gitschtal, Hermagor-Pressegger See, Kirchbach, Kötschach-Mauthen, Lesachtal und St. Stefan im Gailtal). Er hat seinen Sitz und seine Geschäftsstelle bei der Bezirkshauptmannschaft Hermagor.

**Organe der Gemeindeverbände sind:**

□ **Die Verbandsversammlung (Der Verbandsrat):**

Das **Kollegialorgan** Verbandsversammlung besteht in der Regel aus den Bürgermeistern der verbandsangehörigen Gemeinden; es entspricht dem Kollegialorgan Gemeinderat auf Gemeindeebene.

□ **Der Verbandsvorstand:**

Das **Kollegialorgan** Verbandsvorstand wird von der Verbandsversammlung gewählt; es entspricht dem Kollegialorgan Gemeindevorstand auf Gemeindeebene.

□ **Der Verbandsobmann (Der Verbandsvorsitzende):**

Das **monokratische Organ** Verbandsobmann wird von der Verbandsversammlung oder vom Verbandsvorstand gewählt; es entspricht dem monokratischen Organ Bürgermeister auf Gemeindeebene. Der Verbandsobmann vertritt den Gemeindeverband nach außen, er beruft die Verbandsversammlung und den Verbandsvorstand zu ihren Sitzungen ein, leitet diese und führt die Beschlüsse der Kollegialorgane durch.

□ **Der Kontrollausschuß:**

Das **Kollegialorgan** Kontrollausschuß wird von der Verbandsversammlung gewählt. Der Kontrollausschuß kontrolliert die Gebarung des Gemeindeverbandes.

**Die Gemeindeverbände sind von den Verwaltungsgemeinschaften der Gemeinden zu unterscheiden:**

Verwaltungsgemeinschaften sind **freiwillige Zusammenschlüsse von zwei oder mehreren Gemeinden ohne Rechtspersönlichkeit zu einer gemeinschaftlichen Geschäftsführung in Angelegenheiten des eigenen oder übertragenen Wirkungsbereiches**. Sie werden durch Vereinbarung der beteiligten Gemeinden, die der Genehmigung durch Bescheid der Landesregierung bedarf, gebildet. Verwaltungsgemeinschaften sind – im Gegensatz zu Gemeindeverbänden – **keine juristischen Personen (Rechtsträger)**, sie sind bloße **Hilfsorgane/Dienststellen** der beteiligten Gemeinden. Verwaltungsgemeinschaften **handeln** daher stets nur **im Namen und im Auftrag der Gemeinden**, deren Geschäfte



sie besorgen. Gemeindeverbände dagegen handeln im eigenen Namen und unter eigener Verantwortung an Stelle der Mitgliedsgemeinden.

**Verwaltungsgemeinschaften bestehen in allen politischen Bezirken Kärntens, ausgenommen im politischen Bezirk Hermagor** (wobei jedoch nicht immer alle Gemeinden des Bezirkes auch der Verwaltungsgemeinschaft angehören). Die **Bezirkshauptmannschaft** (vgl. S 36 ff) ist **Geschäftsstelle** der Verwaltungsgemeinschaft, der **Bezirkshauptmann** ihr **geschäftsführender Obmann**. Die Verwaltungsgemeinschaften besorgen Sachverständigendienste im Baurecht und Dienste in Steuerangelegenheiten.

Funktionsgrundsätze  
der  
Landes- und  
Gemeindeverwaltung

## Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit (Legalitätsprinzip)

Rechtsgrundlagen:

- **Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 18 Abs. 1 und 2, Art. 118 Abs. 4, Art. 129;
- **Kärntner Landesverfassung – K-LVG**, LGBl. Nr. 85/1996, idF LGBl. Nr. 52/1997: Art. 38 Abs. 2.

---

**Die gesamte (Hoheits-)Verwaltung des Landes und der Gemeinden darf nur aufgrund der Gesetze ausgeübt werden.** Jedes hoheitliche Tätigwerden der Landes- oder Gemeindeverwaltung (zB die Erlassung von Bescheiden oder Verordnungen) bedarf einer gesetzlichen Grundlage, in der das Handeln der Verwaltungsorgane vorherbestimmt ist.

Das Verhältnis zwischen Gesetz und Verwaltung ist daher eines der Überordnung des Gesetzes über die Verwaltung.

**Grund für die Bindung der Verwaltung an die Gesetze** ist die Konzeption Österreichs als **Rechtsstaat und parlamentarische Demokratie**:

- Das rechtsstaatliche Prinzip verlangt die **Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit** des Verwaltungshandelns, die für den einzelnen nur gegeben sind, wenn das Handeln der Verwaltung in allgemein zugänglichen, kundgemachten Normen (Gesetzen) vorherbestimmt ist. Durch die Bindung der Verwaltung an die Gesetze wird **der einzelne vor Willkürakten der Verwaltung geschützt**.
- Das Prinzip der parlamentarischen Demokratie verlangt die Bindung der Verwaltung, die selbst im Regelfall nicht unmittelbar **demokratisch legitimiert** ist, an Gesetze, die vom **Parlament (vom Volk direkt gewählte Mandatare)** erzeugt werden.

Das Legalitätsprinzip gilt uneingeschränkt für die Hoheitsverwaltung; sie darf nicht ohne gesetzliche Grundlage tätig werden. Für die Privatwirtschaftsverwaltung gelten weniger strenge Anforderungen; sie darf zwar nicht gegen bestehende Gesetze verstoßen, für ihr Tätigwerden bedarf es aber keiner besonderen gesetzlichen Ermächtigung. Das Gesetz ist für die Privatwirtschaftsverwaltung daher nicht Voraussetzung, sondern lediglich Schranke des Verwaltungshandelns (Grundsatz der Widerspruchsfreiheit zu bestehenden Gesetzen).

## Der Grundsatz der Weisungsgebundenheit (Gehorsamsprinzip)

### Rechtsgrundlagen:

- Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 20 Abs. 1 und 2, Art. 118 Abs. 4, Art. 129b Abs. 2, Art. 133 Z 4;
- Kärntner Landesverfassung – K-LVG**, LGBl. Nr. 85/1996, idF LGBl. Nr. 52/1997: Art. 58 Abs. 1;
- Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 – K-DRG 1994**, LGBl. Nr. 71/1994, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 44;
- Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetz 1994 – K-LVVG 1994**, LGBl. Nr. 73/1994, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 12;
- Gemeindebedienstetengesetz 1992 – K-GBG**, LGBl. Nr. 56/1992, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 17 Abs. 1 und 2;
- Gemeindevertragsbedienstetengesetz – K-GVVG**, LGBl. Nr. 95/1992, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 11;
- Stadtbeamtengesetz 1993 – K-StBG 1993**, LGBl. Nr. 115/1993, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 44.

---

### Die Landesverwaltung und die Gemeindeverwaltung sind als hierarchische Systeme organisiert:

Die Landesverwaltung und die Gemeindeverwaltung werden – nach den Bestimmungen der Gesetze („Legalitätsprinzip“ – vgl. S 63) – **unter der Leitung der obersten Organe** von diesen untergeordneten Organen geführt. **Alle Organe der Landes- und Gemeindeverwaltung sind – soweit nicht (bundes- oder landes-)verfassungsgesetzlich anderes bestimmt ist – an die Weisungen der ihnen vorgesetzten Organe gebunden und diesen für ihre amtliche Tätigkeit verantwortlich.** Die obersten Organe der Landesverwaltung (die Landesregierung und ihre Mitglieder – vgl. S 9 ff) und das oberste Organ der Gemeindeverwaltung im eigenen Wirkungsbereich (der Gemeinderat – vgl. S 52), bei denen die jeweilige Weisungshierarchie endet, sind notwendigerweise weisungsfrei.

Unter einer „**Weisung**“ ist eine Willensäußerung (mit Gehorsamsanspruch) eines vorgesetzten Organs zu verstehen, die an einen oder mehrere untergeordnete(n) Organwalter gerichtet ist. Die Bezeichnung als „Befehl“, „Ersuchen“, „Bitte“, „Anordnung“, „Auftrag“ oä ist nicht entscheidend. Weisungen können schriftlich, mündlich, telefonisch, ja sogar durch Zeichen (etwa Kopfnicken) erteilt werden. Weisungen mit einem generellen Adressatenkreis werden auch als „Erlässe“ bezeichnet. Die Weisung ist eine verwaltungsinterne Norm, sie tritt nach außen (gegenüber dem Bürger) nicht in Erscheinung.

Grundsätzlich sind zwar alle Verwaltungsorgane gegenüber den ihnen vorgesetzten Organen weisungsgebunden (gehorsampflichtig), es besteht aber keine Pflicht zu „blindem Gehorsam“. In zwei Fällen sind Weisungen unverbindlich („absolut nichtig“); keine Gehorsampflicht begründen:

- Weisungen, die von einem unzuständigen Organ erteilt werden (selbst wenn sie inhaltlich rechtmäßig sind); richtet sich der Angewiesene nach der von einem unzuständigen Organ erteilten Weisung, so tut er dies in eigener Verantwortung;
- Weisungen, deren Befolgung gegen strafgesetzliche Vorschriften (gerichtliches Strafrecht) verstoßen würde; sie dürfen nicht befolgt werden.

Weisungen, die von einem zur Erteilung der Weisung zuständigen Organ erteilt werden und deren Befolgung nicht gegen strafgesetzliche Vorschriften verstößt, sind selbst dann zu befolgen, wenn sie rechtswidrig sind. „Schlicht rechtswidrige“ (nicht strafgesetzwidrige) Weisungen eines zuständigen Vorgesetzten sind verbindlich; ihre Befolgung darf nicht abgelehnt werden. Das Dienstrecht sieht jedoch eine „Remonstrationspflicht“ des Angewiesenen vor: Hält der Beamte/Vertragsbedienstete eine Weisung eines Vorgesetzten aus einem anderen Grund als dem der Unzuständigkeit oder Strafgesetzwidrigkeit für rechtswidrig, so hat er, wenn es sich nicht wegen Gefahr im Verzug um eine unaufschiebbare Maßnahme handelt, vor Befolgung der Weisung seine Bedenken dem Vorgesetzten mitzuteilen. Der Vorgesetzte hat eine solche Weisung schriftlich zu erteilen, widrigenfalls sie als zurückgezogen gilt.

Sonstige Ausnahmen vom Prinzip der Weisungsgebundenheit der Verwaltungsorgane bedürfen einer (bundes- oder landes-)verfassungsgesetzlichen Grundlage:

Auf bundesverfassungsgesetzlicher Grundlage beruht die Weisungsfreiheit der Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich gegenüber den Organen des Landes und des Bundes (vgl. S 53 f). Innerhalb der Gemeindeverwaltung gilt das Gehorsamsprinzip aber auch im eigenen Wirkungsbereich, dh. die Organe der Gemeinde sind an die Weisungen der ihnen vorgesetzten Organe, letztlich an die Weisungen des obersten Organes der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich, des Gemeinderates, gebunden.

Auf bundesverfassungsgesetzlicher Grundlage beruht auch die Weisungsfreiheit des unabhängigen Verwaltungssenates für Kärnten (UVS – vgl. S 18 f) und der sogenannten „Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag“ (vgl. S 20 ff).

Durch den Kärntner Landesverfassungsgesetzgeber wurden folgende Verwaltungsorgane weisungsfrei gestellt:

- Die Gleichbehandlungskommission (vgl. S 23)  
Rechtsgrundlage: Landes-Gleichbehandlungsgesetz, LGBl. Nr. 56/1994, idF LGBl. Nr. 14/1995: § 22 Abs. 9.
- Die Gleichbehandlungsbeauftragten (vgl. S 24)  
Rechtsgrundlage: Landes-Gleichbehandlungsgesetz, LGBl. Nr. 56/1994, idF LGBl. Nr. 14/1995: § 24 Abs. 5.

- **Der Patientenanwalt** (vgl. S 25)  
Rechtsgrundlage: Gesetz über die Patientenanwaltschaft, LGBl. Nr. 53/1990, zuletzt idF LGBl. Nr. 108/1997: § 1 Abs. 3.
- **Der Behindertenanwalt** (vgl. S 26)  
Rechtsgrundlage: Gesetz über die Behindertenanwaltschaft, LGBl. Nr. 140/1991, idF LGBl. Nr. 8/1998: § 2.
- **Die Kinder- und Jugendanwältin** (vgl. S 27)  
Rechtsgrundlage: Kärntner Jugendwohlfahrtsgesetz, LGBl. Nr. 42/1997, zuletzt idF LGBl. Nr. 35/1999: § 4 Abs. 4.
- **Die Obereinigungskommission**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Landarbeitsordnung 1995 – K-LArbO 1995, LGBl. Nr. 97/1995, zuletzt idF LGBl. Nr. 63/1999: § 255 Abs. 2.
- **Die Landeskommission nach Bedienstetenschutzrecht**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Bedienstetenschutzgesetz, LGBl. Nr. 5/1981: § 5 Abs. 12.
- **Die Prüfungskommissionen und -senate**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 – K-DRG 1994, LGBl. Nr. 71/1994, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 29 Abs. 6.
- **Die Leistungsfeststellungs(ober)kommissionen**  
Rechtsgrundlagen: Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 – K-DRG 1994, LGBl. Nr. 71/1994, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 94 Abs. 4; Gemeindebedienstetengesetz 1992 – K-GBG, LGBl. Nr. 56/1992, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 16 Abs. 13; Stadtbeamtenengesetz 1993 – K-StBG 1993, LGBl. Nr. 115/1993, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 38 Abs. 5.
- **Die Disziplinar(ober)kommissionen und -senate**  
Rechtsgrundlagen: Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 – K-DRG 1994, LGBl. Nr. 71/1994, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 105 Abs. 3; Gemeindebedienstetengesetz 1992 – K-GBG, LGBl. Nr. 56/1992, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 59 Abs. 7 und § 60 Abs. 4; Stadtbeamtenengesetz 1993 – K-StBG 1993, LGBl. Nr. 115/1993, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 110 Abs. 3 und § 111 Abs. 3.
- **Die Einstellungskommission für Lehrer des Kärntner Landeskonservatoriums und Musikschulwerkes**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetz 1994 – K-LVVG 1994, LGBl. Nr. 73/1994, zuletzt idF LGBl. Nr. 66/2000: § 89 Abs. 4.
- **Die Gutachter in Objektivierungsverfahren**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Objektivierungsgesetz, LGBl. Nr. 98/1992, zuletzt idF LGBl. Nr. 50/2000: § 7 Abs. 4, § 15 Abs. 8, § 18 Abs. 3, § 34.
- **Die Auswahlkommissionen und die Beurteilungskommissionen in den Landeskrankenanstalten**  
Rechtsgrundlage: Kärntner Objektivierungsgesetz, LGBl. Nr. 98/1992, zuletzt idF LGBl. Nr. 50/2000: § 34.

## Der Grundsatz der Verschwiegenheit

### Rechtsgrundlagen:

- Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 20 Abs. 3 und Art. 148b Abs. 1;
- Kärntner Landesverfassung – K-LVG**, LGBL. Nr. 85/1996, idF LGBL. Nr. 52/1997: Art. 58 Abs. 2 bis 4;
- Datenschutzgesetz 2000 – DSG 2000**, BGBl. I Nr. 165/1999;
- Kärntner Landes-Datenschutzgesetz – K-LDSG**, LGBL. Nr. 59/2000;
- Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 – K-DRG 1994**, LGBL. Nr. 71/1994, zuletzt idF LGBL. Nr. 66/2000: § 46;
- Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetz 1994 – K-LVBG 1994**, LGBL. Nr. 73/1994, zuletzt idF LGBL. Nr. 66/2000: § 16;
- Gemeindebedienstetengesetz 1992 – K-GBG**, LGBL. Nr. 56/1992, zuletzt idF LGBL. Nr. 66/2000: § 19;
- Gemeindevertragsbedienstetengesetz – K-GVBG**, LGBL. Nr. 95/1992, zuletzt idF LGBL. Nr. 66/2000: § 15;
- Stadtbeamtenengesetz 1993 – K-StBG 1993**, LGBL. Nr. 115/1993, zuletzt idF LGBL. Nr. 66/2000: § 43.

---

**Alle mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betrauten Organe sowie die Organe anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts (vgl. S 33 ff) sind, soweit gesetzlich nicht anderes bestimmt ist, zur Verschwiegenheit über alle ihnen ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet, deren Geheimhaltung**

- **im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit,**
  - **im Interesse der umfassenden Landesverteidigung,**
  - **im Interesse der auswärtigen Beziehungen,**
  - **im wirtschaftlichen Interesse einer Körperschaft des öffentlichen Rechts,**
  - **zur Vorbereitung einer Entscheidung oder**
  - **im überwiegenden Interesse der Parteien**
- geboten ist („Amtsverschwiegenheit“).**

**Der Pflicht zur Geheimhaltung unterliegen nur „geheime Tatsachen“.** Darunter sind Tatsachen zu verstehen, deren Kenntnis sich auf einen geschlossenen oder schließbaren Kreis von Personen bezieht. Allgemein bekannte oder solche Tatsachen, die einem größeren Kreis von Personen, die nicht zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, bekannt sind, sind nicht Gegenstand der Amtsverschwiegenheit. Die Verpflichtung zur Geheimhaltung besteht weiters nur dann, wenn die betreffende Tatsache dem Organ **ausschließlich** aus seiner amtlichen Tätigkeit bekannt geworden ist. Stets ist für das Bestehen der Verschwiegenheitspflicht ein **Geheimhaltungsinteresse** erforderlich; dieses kann eines der oben aufgezählten öffentlichen Interessen oder ein überwiegendes Interesse einer Partei

sein, wobei „Partei“ jeder ist, auf den sich die Verwaltungstätigkeit mittelbar oder unmittelbar bezieht.

Das Dienstrecht sieht die Möglichkeit einer **„Entbindung von der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit“** vor:

Hat ein Beamter vor Gericht oder vor einer Verwaltungsbehörde auszusagen und läßt sich aus der Ladung erkennen, daß der Gegenstand der Aussage der Amtsverschwiegenheit unterliegen könnte, so hat er dies der Landesregierung (Gemeindebeamte dem Bürgermeister, Stadtbeamte dem Magistratsdirektor) zu melden. Die Landesregierung (der Bürgermeister, Magistratsdirektor) hat zu entscheiden, ob der Beamte von der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit zu entbinden ist. Dabei ist das Interesse an der Geheimhaltung gegen das Interesse an der Aussage abzuwägen und der Zweck des Verfahrens sowie der dem Beamten allenfalls drohende Schaden zu berücksichtigen. Die Entbindung von der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit kann unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Öffentlichkeit von jenem Teil der Aussage, der den Gegenstand der Entbindung bildet, ausgeschlossen wird.

Läßt sich aus der Ladung nicht erkennen, daß der Gegenstand der Aussage der Amtsverschwiegenheit unterliegen könnte, und stellt sich dies erst bei der Aussage des Beamten heraus, so hat der Beamte die Beantwortung weiterer Fragen zu verweigern. Hält die vernehmende Behörde die Aussage für erforderlich, so hat sie die Entbindung des Beamten von der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit zu beantragen.

### **Die Pflicht zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit besteht nicht:**

- für die von einem allgemeinen Vertretungskörper bestellten Funktionäre gegenüber diesem Vertretungskörper, wenn er Auskünfte ausdrücklich verlangt. Demnach besteht keine Pflicht zur Amtsverschwiegenheit für die Mitglieder der Landesregierung gegenüber dem Landtag und für die Mitglieder des Gemeindevorstandes gegenüber dem Gemeinderat; der (nicht vom Gemeinderat, sondern direkt gewählte) Bürgermeister dagegen ist gegenüber dem Gemeinderat zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet;
- gegenüber der Volksanwaltschaft;
- gegenüber dem Landesrechnungshof, wenn er Auskünfte ausdrücklich verlangt;
- im Disziplinarverfahren (weder für den Beschuldigten noch für die Disziplinarbehörde oder den Disziplinaranwalt).

**Unabhängig von der Pflicht der Verwaltungsorgane zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit hat jedermann, insbesondere auch im Hinblick auf die Achtung seines Privat- und Familienlebens, Anspruch auf Geheimhaltung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten, soweit ein schutzwürdiges Interesse daran besteht (Grundrecht auf Datenschutz).**

Das Bestehen eines „schutzwürdigen Interesses“ an der Geheimhaltung personenbezogener Daten ist ausgeschlossen, wenn Daten infolge ihrer allgemeinen Verfügbarkeit oder wegen ihrer mangelnden Rückführbarkeit auf den Betroffenen einem Geheimhaltungsanspruch nicht zugänglich sind.



## Der Grundsatz der Transparenz (Auskunftspflicht)

Soweit die Verwendung von personenbezogenen Daten nicht im lebenswichtigen Interesse des Betroffenen oder mit seiner Zustimmung erfolgt, sind Beschränkungen des Anspruches auf Geheimhaltung nur zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen und nur aufgrund von Gesetzen zulässig. Auch im Falle zulässiger Beschränkungen des Anspruches auf Geheimhaltung darf der Eingriff in das Grundrecht jeweils nur in der gelindesten, zum Ziel führenden Art vorgenommen werden (Verhältnismäßigkeitsprinzip).

## **Der Grundsatz der Transparenz (Auskunftspflicht)**

### Rechtsgrundlagen:

- Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1920, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 20 Abs. 4;
- Auskunftspflicht-Grundsatzgesetz**, BGBl. Nr. 286/1987, idF BGBl. I Nr. 158/1998;
- Gesetz über die Auskunftspflicht in der Verwaltung des Landes und der Gemeinden – K-APG** LGBl. Nr. 29/1988, idF LGBl. Nr. 11/2001.

---

Alle mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betrauten Organe sowie die Organe anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts (vgl. S 33 ff) haben über Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches Auskunft zu erteilen, soweit dem eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht (vgl. S 67 ff) nicht entgegensteht. Organe beruflicher Vertretungen (vgl. S 33 f.) sind nur gegenüber ihren Mitgliedern und sonstigen Zugehörigen zur Auskunft verpflichtet, und dies nur insoweit, als dadurch die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben nicht verhindert wird.

„Auskünfte“ sind Wissenserklärungen über Angelegenheiten, die dem zur Auskunft verpflichteten Organ zum Zeitpunkt der Einbringung des Auskunftsbegehrens bekannt sind und nicht erst zum Zweck der Erfüllung der Auskunftspflicht beschafft oder erarbeitet werden müssen.

**Das Recht, Auskünfte zu verlangen, hat jedermann.** Auskunftsbegehren können mündlich, telefonisch oder schriftlich gestellt werden.

Auskunft ist nur insoweit zu erteilen, als dadurch die Besorgung der übrigen Aufgaben des Organes nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Auskunft ist nicht zu erteilen, wenn sie offenkundig mutwillig verlangt wird, wenn die Auskunftserteilung umfangreiche Ausarbeitungen erfordern würde oder wenn die gewünschten Informationen dem Auskunftswerber auf andere Weise unmittelbar zugänglich sind.

Auskünfte sind – soweit wie möglich – mündlich oder telefonisch zu erteilen, und zwar ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber innerhalb von acht Wochen nach dem Einlangen des Auskunftsbegehrens.

Wird eine Auskunft nicht erteilt (Auskunftsverweigerung), so ist dies auf Antrag des Auskunftswerbers mit schriftlichem Bescheid auszusprechen.

## **Der Grundsatz der wechselseitigen Hilfeleistung (Amtshilfe)**

Rechtsgrundlage:

- **Bundes-Verfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 22.

---

**Alle Organe des Bundes, der Länder und der Gemeinden sind im Rahmen ihres gesetzmäßigen Wirkungsbereiches zur wechselseitigen Hilfeleistung verpflichtet.**

Die Pflicht zur Amtshilfe soll eine möglichst ökonomische, effiziente (vgl. S 72) Vollziehung ermöglichen und der Überwindung tatsächlicher Schwierigkeiten bei der Tätigkeit der Vielzahl von Verwaltungsorganen dienen, die durch das hohe Ausmaß an Arbeitsteilung und Spezialisierung der Verwaltungsorganisation entstehen können.

**Anwendungsfälle** sind beispielsweise Ersuchen um die Übermittlung von Akten, um die Ausforschung von Personen, um die Vorladung und Einvernahme von Personen, um die Bereitstellung von Verhandlungsräumen oder um die Übermittlung von Informationen.

Das ersuchte Organ muß ein Ersuchen um Amtshilfe ablehnen, wenn es zu der Amtshandlung, um deren Durchführung es ersucht wurde, nicht zuständig ist oder wenn die Amtshandlung gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit (vgl. S 63) verstoßen würde.

## Der Grundsatz der Effizienz

Rechtsgrundlage:

- **Bundesverfassungsgesetz – B-VG**, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt idF BGBl. I Nr. 114/2000: Art. 127 Abs. 1 und Art. 127a Abs. 1.

---

Die gesamte Landes- und Gemeindeverwaltung ist an die Grundsätze der **Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit** (= Effizienz) gebunden.

Die „**Sparsamkeit**“ wird an der Höhe des Aufwandes gemessen und bedeutet die Minimierung der Ausgaben. Die „**Wirtschaftlichkeit**“ wird am Verhältnis zwischen Aufwand und Erfolg gemessen und bedeutet die Optimierung dieses Verhältnisses. Die „**Zweckmäßigkeit**“ wird an der Eignung einer bestimmten Maßnahme als Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele gemessen und bedeutet die Relation in bezug auf ein bestimmtes Gesamtziel des Geschehens. Alle drei Komponenten sind Ausdruck des Grundsatzes der Effizienz des Verwaltungshandelns.

Die Verwaltung hat bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen des rechtlich Zulässigen (Vorrang des Legalitätsprinzips – vgl. S 63) und des faktisch Möglichen allen drei Komponenten gleichermaßen Rechnung zu tragen.

**In der Reihe „Bildungsprotokolle“  
sind bisher erschienen:**

**Band 1: Ausgliederungen im Landesbereich  
112 Seiten, 1997**

**Band 2: Information zur Verwaltungsreform  
144 Seiten, 1997**

**Band 3: Öffentliche Wirtschaftsführung  
157 Seiten, 1998**

**Band 4: Die Gemeinde zur Jahrtausend-  
wende  
232 Seiten, 1999**

**Band 5: Kommunalfinanzierung  
76 Seiten, 2000**

**Band 6: Die Kärntner Landes- und  
Gemeindeverwaltung im Überblick  
● Seiten, 2001**